

rundschreiben
03/20



medico international

Zwischen- zeit

Patente: Teilen würde helfen
Afghanistan: Unter allen Umständen – Menschenrechte
Libanon: Traurige Chance

Titelbild: Seit Monaten campieren entlassene afrikanische Arbeiter*innen vor den Konsulaten ihrer Heimatländer in Beirut. Die Schicksale dieser Frauen vor der kenianischen Vertretung sind vereint in der Forderung: „We want to go home!“. Sie wurden für das sogenannte Kafala-System angeworben, sind von nationalen Arbeitsgesetzen ebenso ausgeschlossen wie von internationalen Schutzregeln. Oft wird der ohnehin karge Lohn der Hausangestellten nicht ausbezahlt, Missbrauch ist ebenso alltäglich wie ein Leben „unter Arrest“. Indem die Arbeitgeber*innen die Pässe einziehen, bestimmen sie über Legalität und Illegalität ihrer „Dienstmädchen“. Mit den Protestcamps wollen die Frauen Druck machen für ihre Ausreise. Die medico-Partnerorganisation Anti-Racism Movement unterstützt sie.
Foto: Walid Rashid

Fotos der Autor*innen: medico, privat

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Artt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 03/20

- 4 Editorial
- 6 **Widersprüche aushalten**
Kommentar: Mehr Demokratie wagen
- COVID-19: GLOBALE KONFLIKTE**
- 12 **Teilen würde helfen**
Das Ringen um einen Impfstoff und seine globale Verfügbarkeit
- 15 **Aufruf: Patente töten**
Für die Aufhebung des Patentschutzes bei zentralen Medikamenten
- 18 **Freiheit, Gleichheit, Corona**
Grund- und Freiheitsrechtsstreit und die Menschenrechtsdebatte
- COVID-19: JENSEITS DES NORDENS**
- 24 **Menschenrechtsarbeit unter allen Umständen**
Die Auswirkungen von Covid-19 in Afghanistan
- 27 **Vorbild Moria?**
Reform des europäischen Asylsystems im Schatten von Corona
- 28 **Unterschätztes Afrika**
Die Pandemie als Frage einer globalen Gesundheitssicherheit
- 31 **Teilerfolg**
Gesundheitspolitische Auseinandersetzungen in Südafrika
- 34 **Projekte Projektionen**
Mexiko, Somalia, Gaza
- ZWISCHENZEIT**
- 36 **Eine traurige Chance**
Libanon nach der Explosion in Beirut
- 44 **Fragwürdige Stabilisierung**
Offene Zukunft nach dem Umsturz in Mali
- 46 **Eine Chance für Mali**
Stellungnahme des Netzwerkes Fokus Sahel
- 48 **Godot in der Wüste**
Der Westsahara-Konflikt: Warten auf eine politische Lösung
- 52 **Schwindender Spielraum**
Zum Ende der medico-Hilfe in den Lagern der Saharais
- 54 **medico aktiv**
Menschenrechtstribunal, Social Media, Studie zu Rückführungen
- 56 Bestellen & Verbreiten
- 58 Spenden & Stiften

In Zeiten der Pandemie kommt es darauf an, die Selbstfürsorge mit der Fürsorge für andere zu verbinden und an der Unteilbarkeit der Menschenrechte festzuhalten.

Liebe Leser und Leserinnen,

die Einen sehen ihre Freiheit durch Corona-Auflagen wie Maskentragen massiv eingeschränkt. Die Anderen leben unter prekären Bedingungen in Armenvierteln oder Flüchtlingslagern und wären froh, sie hätten jederzeit eine saubere Maske zur Hand. Im stark von Corona betroffenen Afghanistan etwa lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und hat nichts, um sich dem Virus entgegenzustellen, wie der eindrückliche Bericht von Jawad Zawulistani über Menschenrechtsarbeit in Zeiten der Pandemie verdeutlicht. Wer von der Hand in den Mund lebt, hat nicht die Freiheit, sich zu isolieren und Abstand zu halten – ebenso wenig wie die Menschen, die dichtgedrängt und unter desolaten hygienischen Bedingungen in Flüchtlingslagern leben. Im Lager Moria auf Lesbos, wo es am 2. September 2020 den ersten Covid-19-Fall gab, nahen medico-Partner*innen unermüdlich Masken. Die Leute dort tragen sie freiwillig. Das ist die Freiheit, die ihnen bleibt an diesem unwirtlichen Ort, der sie tagtäglich fundamentaler Rechte beraubt.

Die Lager auf den griechischen Inseln wandeln sich dabei genau wie die Lager der syrischen Flüchtlinge im Libanon zusehends von Provisorien zu Dauereinrichtungen, in denen sich Europa das Elend der Welt vom Hals hält. Mario Neumann erzählt in seinem Reisebericht nicht nur von den akuten Folgen der verheerenden Explosion, die am 4. August 2020 die libanesische Hauptstadt erschütterte, sondern auch von den vielfältigen Krisen, in denen das Land seit langem steckt. Die ehemaligen Hausangestellten auf dem Titelbild sind vitaler Ausdruck davon: Von ihren Arbeitgeber*innen im Zuge von Wirtschaftskrise und Corona-Pandemie auf die Straße gesetzt,

warten sie vergeblich vor ihren Konsulaten in Beirut auf eine Möglichkeit, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. Seit Jahrzehnten im Warten gefangen sind die Saharais in ihren Lagern in der algerischen Sahara. Ob das, worauf sie warten, jemals eintritt, steht in den Sternen, wie die Reportage von Timo Dorsch deutlich macht. Denn die Weltgemeinschaft hat sich längst von den saharaischen Flüchtlingen abgewandt. Außer den Saharais selbst scheint niemand ein Interesse an Veränderung zu haben, weshalb auch die internationale Hilfe auf den Prüfstand gehört. Dass ein untragbarer Status quo zu einem Dauerzustand wird, haben die Menschen in Mali mit ihren monatelangen Protesten gegen die Regierung von Ibrahim Boubacar Keïta verhindert, die Ende August schließlich vom Militär gestürzt wurde. Jetzt muss sich zeigen, ob das Land dem Druck von außen widerstehen kann, auf Kosten von Menschenrechten und Demokratie schnell zu einer fragwürdigen Stabilität zurückzukehren.



Ramona Lenz arbeitet seit 2011 in der Öffentlichkeitsabteilung von medico. Seit 2017 ist sie Teil der Rundschreibenredaktion.

So verschieden die Ausgangslage und die Motive sind: In den Protesten von Bamako bis Berlin äußert sich ein großes Unbehagen mit dem, was Demokratie genannt wird. In Mali lag die Wahlbeteiligung zuletzt bei unter 30 Prozent, und in Deutschland wurden der Demokratie im Zuge der Corona-Pandemie Schäden zugefügt, deren Langzeitfolgen wir noch nicht absehen können. Nun gilt es, sich nicht – wie Thomas Seibert es in seinem Beitrag formuliert – hinter der Forderung nach „privater Willkürfreiheit“ zu versammeln, oder wie Andreas Wulf es schildert, nationale Egoismen bei der Impfstoff-Entwicklung zu verfolgen. Stattdessen kommt es darauf an, die gerade in Zeiten der Pandemie wichtige Selbstfürsorge mit der Fürsorge für Andere zu verbinden und an der Unteilbarkeit der Menschenrechte festzuhalten. Dass die bislang extrem prekär und gefährdet arbeitenden Gemeindegesundheitsarbeiter*innen in der südafrikanischen Provinz Gauteng sich eine Festanstellung, angemessene Bezahlung und soziale Absicherung erstritten haben, ist in dieser Hinsicht ein sehr ermutigendes Signal.

Nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch global geht es heute mehr denn je darum, eine solidarische Gesundheitspolitik zu gestalten. Daher setzt sich medico für die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente ein. Das wäre ein Meilenstein auf dem Weg zu einer globalen Gesundheitspolitik, die das Recht auf Gesundheitsversorgung für alle verwirklicht. Mehr zu unserem Aufruf und wie Sie ihn unterstützen können ab Seite 15.

Herzlich

Ramona Lenz



Wider- sprüche aushalten

Es gibt in Zeiten der Pandemie keine individuelle Gesundheitssicherheit ohne die Idee einer universellen Fürsorge

Von Katja Maurer

In seinem Roman „Hart auf hart“ schildert T.C. Boyle, wie Vater und Sohn sich auf ihre je eigene Art das Recht auf eigenes Recht nehmen. Auch das Recht zu töten. Während der Vater, ein Vietnamkriegs-Veteran und Schuldirektor einen bestialischen Mord begeht, um eine Gruppe US-amerikanischer Tourist*innen zu „verteidigen“, also ein legitimiertes überlegenes Kollektiv im Sinn hat, gründet der Sohn einen Ein-Personen-Staat mit Grenzen, Waffen und Recht, die nur noch ihm gelten. Dieser Höllenritt in den Abgrund, in dem es weder universelle Gesetze noch demokratische Institutionen gibt, hat Boyle vor der Wahl Trumps geschrieben. Damals konnte man ihn noch mit einem erstaunten Blick auf die US-amerikanische Unkultur abtun. Nun aber hat sich dieser Weltgeist der radikalen Unvernunft und Eigenliebe über den Globus verbreitet. Zuletzt in Berlin bei der Demonstration der Corona-Leugner*innen, die – trotz Esoterik und hippieskem Outfit – im Sturm auf den Bundestag mit Reichskriegsflaggen einen gefährlichen Kern offenbarten. Willkommen in einer polarisierten Welt. Willkommen in der „Politik der Feindschaft“.

Der kamerunische Philosoph Achille Mbembe hat diesen Begriff 2016 im Zuge der großen Fluchtbewegungen formuliert, um die Rechtswende in vielen europäischen Ländern zu beschreiben. Diese Politik findet sich heute wie-

der im autoritären und identitären Charakter der heterogenen Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen. Sie äußert sich in abstrusen Verschwörungstheorien, die Sicherheit im eigenen Milieu schaffen und alle Gefahren nach außen verlagern. Die Struktur der Bipolarität, wie sie sich im Kalten Krieg am Ost-West-Konflikt festmachte, ist in neuem Gewand zurückgekehrt. Wenn es aber um die Demokratie

Die imperiale Lebensweise hat ein neues Antlitz bekommen, maskiert und mit Distanz zur Welt.

geht, stellt sich die Frage über das Rechtspopulistische hinaus. Kann man sich beruhigt zurücklehnen, weil 80 Prozent der Bevölkerung die Regierungspolitik unterstützen? Zurückgeworfen auf die Frage, wie sicher die eigene individuelle Gesundheit ist und welche Hygienekonzepte dafür Sorge tragen, ist die Auseinandersetzung mit den brennenden Fragen unserer Gegenwart auf eine Nach-Corona-Zeit verschoben worden. Die imperiale Lebensweise hat ein neues Antlitz bekommen – maskiert und auf Distanz zum Rest der Welt.

Nirgendwo wurde das so deutlich wie bei der Protest- und Gedenkveranstaltung für die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau, der am 19. August 2020 sechs Monate zurück lag. Der Hanauer SPD-Oberbürgermeister Claus Kaminsky hatte die mit viel Aufwand vorbereitete Demonstration zum Gedenken für die ermordeten Hanauer Jugendlichen wegen angestiegener Corona-Zahlen kurzfristig verboten. Erlaubt waren exakt berechnete 249 Teilnehmer*innen die auf 249 pinkfarbenen Punkten im vorgesehenen Corona-Schutz-Abstand standen. Die Organisator*innen aus der Hanauer Zivilgesellschaft zeigten Einsicht in die Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes und klagten nicht gegen diese Entscheidung. Die antirassistischen Aktivist*innen behelfen sich, wie so oft, mit den digitalen Möglichkeiten und übertrugen die Kundgebung im Netz. Es war eine Abwägung zwischen dem Versammlungsrecht, das für die Bekämpfung des Rassismus so bedeutend ist, und dem Recht auf Gesundheit. Zugunsten der Gesundheit. Allerdings drängten sich nur 350 Meter vom Kundgebungsort entfernt Menschen dicht an dicht auf dem Wochenmarkt. Konsum statt Gesundheit ist auch eine Entscheidung, die die Hanauer Politik damit traf. Ihr fehlte offenbar der Wille, ein Zeichen gegen den Rassismus zu setzen.

Querfront und autoritäre Demokratie

Die Berliner Demonstration der Corona-Leugner*innen hat ans Sonnenlicht gebracht, was sich schon abzeichnete. Es gibt eine Querfront. Es störte Menschen mit linker politischer Sozialisation nicht, dass sie mit einem militanten rechten Umfeld demonstrierten. Verschwörungstheorien und ein autoritärer Zug, der sich einen Himmel voller Wahrheiten wünscht, ist das einigende Band, das nur auf den ersten Blick politisch erscheint. Nur fragt sich, ob nicht auch die folgsame Mehrheit, die im

Interesse der eigenen Sicherheit enorme Kollateralschäden in Kauf nimmt, problematisch ist und vielleicht sogar mit ihrer „deutschen“ Folgsamkeit, den Rechtsradikalen erst Räume öffnet, weil sie selbst jeden Konflikt scheut. So sieht der Politikwissenschaftler Roland Roth in der Corona-Bekämpfung gravierende demokratische Kollateralschäden. Die sonst beschworene aktive Bürgerschaft stehe unter

Wird die politische Existenz im Zuge von Corona zugunsten des nackten Lebens aufgegeben?

Quarantäne. Im Banne von Corona seien Bürgerbeteiligung und eine engagierte Zivilgesellschaft nicht systemrelevant. Folgsamkeit zur eigenen Sicherheit sei das Motto der Stunde. Dass mit der Einschränkung der öffentlichen Begegnung auch der politische Raum eingeschnürt wird, wie Roth schreibt, wird in Kauf genommen. Wird also die politische Existenz zugunsten des nackten Lebens aufgegeben?

Das wäre wohl eine weitaus dramatischere Folge der Pandemie als weitere Aufmärsche der Verschwörungstheoretiker*innen. Denn die Pandemie und ihre Bekämpfung ist gerade im Zusammenhang mit dem vorliegenden multiplen Krisengeschehen die größte globale Herausforderung seit Jahrzehnten. Alle Grundannahmen zur Wirtschaftsentwicklung des neoliberalen Kapitalismus stehen zur Disposition, ohne dass es eine Alternative dazu gäbe. Aus den Schwellenländern wurde binnen weniger Monate Kapital in Höhe von 100 Milliarden Dollar abgezogen. Das hat es nie zuvor gegeben. Die Rohstoffpreise fallen weiter und setzen Wachstumsmodelle wie in Brasilien,

Chile oder Südafrika außer Kraft. Ausbleibende Rücküberweisungen migrantischer Arbeiter*innen machen zentrale Einnahmequellen für arme Länder wie Haiti zunichte. Die Ungleichheit in der Welt wird durch die Pandemie dramatisch wachsen. Um hierauf politische Antworten zu finden, braucht es eine Einsicht in die Notwendigkeit der Solidarität mit denen, die wir nicht kennen, gerade wenn es um Maßnahmen zum Schutz vor der Weiterverbreitung von Covid-19 geht. Der äthiopische WHO-Direktor Ghebreyesus machte eben darauf aufmerksam. Die größte Gefahr sei nicht der Virus selbst: „Der Virus verbreitet sich mit den Spaltungen und er geht zurück, wenn wir uns zusammentun.“

Davon aber sind wir trotz aller Sonntagsreden noch meilenweit entfernt. Die Verteilung möglicher Impfstoffe, die gerade an der Bevölkerung in den ärmeren Ländern getestet wird, ist in ihren Prioritäten schon festgelegt. Ganz oben stehen die privilegierten Länder, mit der Begründung, sie hätten auch das meiste Geld gegeben. Ähnlich ergeht es dem Vorschlag des UNCTAD-Chefs Steiner, der ein begrenztes Grundeinkommen für die ärmeren Länder vorgeschlagen hat, das aus einzubehaltenden Schuldenzahlung an die internationalen Banken finanziert werden könnte. Der Chef des UN-Gremiums, das sich mit Handel und Entwicklung beschäftigt, blieb mit diesem vorwärtsweisenden Vorschlag ein einsamer Rufer in der Wüste.

Wenn man den antidemokratischen Geist, der in der Berliner Demonstration der Coronaleugner*innen aus der Flasche geschlüpft ist, wieder einfangen will, dann muss dieser Umschlag jetzt erfolgen. „Wollen wir gesellschaftlich nachhaltige, radikal demokratische Antworten auf die viral gewordene Politik des Lebens finden“, so die Soziologin Sabine Hark, könne sie „eben nicht allein virologischer be-

ziehungsweise immunologischer Natur sein.“ Für SARS-CoV-2 werde zweifelsohne irgendwann ein Impfstoff zur Verfügung stehen. „Für die Gestaltung eines demokratischen Zusammenlebens, in dem die Infektionsketten von Rassismus und Sexismus erfolgreich unterbrochen sind und das an radikaler Gleichheit, geteilter Verletzlichkeit und der Unverzichtbarkeit jeder und jedes Einzelnen, an globaler Interdependenz und reziprok gestalteter Sorge und Verantwortung füreinander orientiert ist, braucht es dagegen mehr als ein Immunserum.“ Dazu gehört auch das Verständnis, dass in Zeiten multipler Krisen die persönliche Sicherheit relativ ist. Sie hängt auch davon ab, dass man sie nur erhält, wenn man sie für eine demokratischere und solidarischere Weltgesellschaft riskiert. Im 250. Jahr von Hegels Geburtstag sollte dieser dialektische Widerspruch aushaltbar sein.



Katja Maurer verantwortet das Runds Schreiben und wundert sich über ein Corona-Klima, das Folgsamkeit statt verantwortliches Mitdenken fördert.

Teilen würde helfen

Im Kampf gegen Corona wird der globale Zusammenhalt beschworen. Doch beim Ringen um einen Impfstoff dominieren nationale Egoismen.

In einem senegalesischen Epidemie-Forschungszentrum spricht ein Mann vor seinem Corona-Test mit einem Gesundheitsarbeiter.



Wer entwickelt einen Impfstoff, wer produziert ihn, wer erhält ihn? Covid-19 hat alte Auseinandersetzungen neu entfacht

Von Andreas Wulf

Die russische Regierung spielt auf volles Risiko. Der erste national zugelassene Impfstoff Sputnik 5 gegen das Corona Virus hat sofort heftige internationale Kritik geerntet, da keinerlei transparente Daten öffentlich gemacht wurden und die relevante Phase 3 der Entwicklung gerade erst angefangen hat. Niemand weiß, ob sich dieser „Sputnik Moment“ für Putin nicht in ein „Challenger Desaster“ verwandelt, wenn sich der Impfstoff als weniger wirksam oder gar als nebenwirkungsreich entpuppen sollte. Aber zugleich stehen schon Länder Schlang, die den Impfstoff testen und einsetzen wollen, der philippinische Präsident Duterte will ihn gleich als Erster persönlich testen. Wenn er bei ihm wirke, dann sei er gut fürs ganze Land. Auch er setzt auf eine nationale Lösung.

Dieser Impfstoff-Nationalismus ist ein Kontrapunkt zum kurzen „Frühling der Solidarität“, als am 4. Mai 2020 mit großer Fanfare die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Europäische Kommission zum gemeinsamen globalen Fundraising für den Kampf gegen den Coronavirus aufriefen. Beeindruckende 15,9 Milliarden Euro sind eingesammelt worden, fast die Hälfte hat das „Team Europa“ beige-steuert – die Europäischen Kommission, die EU-Mitgliedsländer und die Europäische Investitionsbank. Erinnerungswürdig war das Event auch deshalb, weil Emmanuel Macron und Angela Merkel einen Coronavirus-Impfstoff als „globales öffentliches Gut“ bestimmten. Und

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte, dass „Regierungen und globale Gesundheitsorganisationen im Kampf gegen das Coronavirus an einem Strang ziehen“.

Es klang, als würde Solidarität großgeschrieben. So hatte auch die WHO wenige Tage zuvor mit ihrem „Access to Covid-19 Tools (ACT) Accelerator“ eine ambitionierte Struktur mit den wichtigsten globalen Gesundheitspartnerschaften vorgestellt, in deren Rahmen die Impfstoff-, Medikamenten- und Diagnostikentwicklung ebenso wie ihre Beschaffung und Verteilung beschleunigt und koordiniert werden sollten. Damit soll auch verhindert werden, dass sich die Erfahrungen aus dem Jahr 2009 bei der H1N1-Grippe-Pandemie wiederholen: Nicht noch einmal sollte es zu einem Wettrennen beim Zugang zu dem Impfstoff kommen, bei dem sich die zahlungskräftigen Länder durchsetzen, während die ärmeren Länder von der WHO mit den „humanitären Resten“ versorgt werden.

Aus dieser scheinbaren globalen Allianz scherte schon früh die US-Regierung aus, indem sie öffentlichkeitswirksam ein nationales Impfstoffprogramm für die einheimischen Pharmaunternehmen anwarf. Die zehn Milliarden US-Dollar schwere „Operation Warp Speed“ soll spätestens bis zum Januar 2021 Hunderte Millionen Impfdosen entwickeln und produzieren, primär für den eigenen Bedarf, dann gerne auch

für den Rest der Welt. Doch die USA sind nicht das einzige Land das zum ACT Accelerator auf Distanz geht. Weder die russische Regierung mit ihrem Sputnik 5 noch die chinesische, die ebenfalls einen baldigen Erfolg ihrer eigenen Impfstoffentwicklungen verspricht, sind der Accelerator Initiative der WHO bislang beigetreten. Auch Indien hält sich zurück, was umso folgenreicher ist, weil die dortige Impfstoffherstellung die aktuell wichtigste im Globalen Süden ist.

Die vollmundig beschworene globale Solidarität währte also nur kurz. Und mit jeder weiteren Ankündigung eines erfolgversprechenden Impfstoff-Kandidaten bröckelt die Fassade

Produktions- und Lieferketten sind auch in der Impfstoffproduktion längst globalisiert.

weiter. Denn immer klarer wird, dass auch die globalen Produktionskapazitäten begrenzt sind und sich möglicherweise nicht so schnell nach oben fahren lassen. So passiert genau das, was die WHO-Initiative verhindern will. Nicht nur die US-Regierung, auch die „Inklusive Impfstoff Allianz aus Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden“ hat ihre eigenen Deals mit Pharmaunternehmen um Abnahmegarantien und Liefermengen bei erfolgreichen Impfstoffkandidaten gemacht. Die aktuellen Verhandlungen mit Sanofi-GSK hat die EU-Kommission übernommen. Zwar bemühen Politiker*innen wie von der Leyen gerne Sätze wie den, dass „niemand sicher ist, bis alle sicher sind“. Wenn es aber darum geht, möglichst rasch aus der sozialen und wirtschaftlichen Krise herauszukommen, sind die eigenen Bürger*innen dann doch etwas näher als die Weltgemeinschaft.

Und so kommt auch die „COVAX Facility“, der Impfstoffbereich innerhalb des ACT Accelerators, der von der WHO zusammen mit der Global Alliance for Vaccines and Immunisation (GAVI) und der Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) organisiert wird, kaum voran. Auf dem Weg zu einer globalen „Einkaufs- und Verteilungsgemeinschaft“ für wirksame Covid19-Impfstoffe sind nur wenige Fortschritte erzielt worden. Momentan konzentriert sich COVAX auf ein Portfolio von neun Impfstoff-Kandidaten aus verschiedenen Impfstoff-Klassen (DNA/mRNA, virale Vektoren, Proteine). Durch Vereinbarungen mit den forschenden Institutionen und Unternehmen, die dann die Impfstoffe in den USA, Europa, China und Australien herstellen, soll das Risiko minimiert werden, zum Schluss auf das falsche Pferd gesetzt zu haben. Zudem soll diese multinationale Zusammenarbeit bewirken, dass ein erfolgversprechendes Produkt schließlich günstiger zu haben ist, als wenn einzelne Länder alleine mit Hersteller_innen verhandeln. Die Erfahrungen des Globalen Fonds bei der gepoolten Beschaffung von Aids-Medikamenten stehen hier Pate.

Als Zeichen der globalen Solidarität in der Covid 19-Krise sollen in der COVAX Facility die am wenigsten finanzkräftigen Länder mit Mitteln aus den globalen und nationalen Entwicklungsbudgets bei der Beschaffung des Impfstoffes unterstützt werden. Bislang fehlen hierfür allerdings noch verbindliche finanzielle Zusagen. Und unter den aktuell 44 Ländern, die eine mögliche Beteiligung an den Budgets zumindest signalisiert haben und sich öffentlich dazu bekennen, fehlen wichtige finanzstarke Länder mit eigenen Impfstoffproduktionskapazitäten – aus der EU etwa die Schwergewichte Frankreich, Italien, und Deutschland. Immerhin hat sich nun Ende August die Europäische Kommission aus der Deckung gewagt und verspricht 400 Mio. Euro vom „Team Euro-

pa“ für COVAX – gerade mal 2,5 % ihrer 16 Mrd. schweren Global Corona Response

Dabei wären auch in der COVAX Facility nicht alle Länder gleich. Zwar sieht der Plan zur globalen Verteilung eines Impfstoffes in einem ersten Schritt eine zeitgleiche Versorgung von 3% der Bevölkerungen vor, die vor allem „unentbehrliche Schlüsselpersonen“ umfassen soll, also die Gesundheits-, Pflege- und andere Fachkräfte. Anschließend sollen in weiteren Tranchen 20 Prozent der jeweiligen Bevölkerungen, hier ist vor allem an Risikogruppen wie ältere und chronisch Kranke gedacht, versorgt werden. „Selbstzahlenden Ländern“ wird allerdings bereits eine vorrangige Belieferung zugebilligt, während die auf Hilfgelder angewiesenen Länder warten müssen, bis entsprechende Mengen produziert und bezahlt werden können. Auf dem Weg zu einer bevölkerungsweiten Versorgung vergrößern sich die Unterschiede in den Verfügbarkeiten immer weiter.

Unklar ist auch, ob GAVI tatsächlich die Kompetenzen hat, erfolgreich mit den Pharmaunternehmen zu verhandeln. Große Kritik gab und gibt es daran, dass im Vorstand der Impfallianz auch die Hersteller mit Sitz und Stimme vertreten sind. Erfahrungen aus den Preis- und Lieferverhandlungen zu den Pneumokokken-Impfstoffen – Flaggship-Projekt von GAVI – wecken Zweifel: Auch nach Jahren hat sich keine echte Preiskonkurrenz zwischen den wenigen Herstellern eingestellt, die Profite sind enorm.

Bei der COVAX Facility handelt es sich also ohnehin nur um ein Modell von „Solidarität light“. Doch selbst für dieses findet sich ein halbes Jahr nach Beginn der Pandemie keine hinreichende globale Unterstützung. Vielmehr verstärken sich die Konkurrenzen und gegenseitigen Vorwürfe. So klagen US-amerikanische und britische Regierungen russischen und

chinesischen Impfstoff-Datenraub an. Für die europäischen Staaten mag es bequem sein, mit dem Finger auf den US-amerikanischen Präsidenten und seine „America first“-Politik zu zeigen. Sie wollen allerdings nicht daran erinnert werden, dass sie sich an ihre eigenen Selbstverpflichtungen nicht halten. Dabei ist damit zu rechnen, dass das egoistische Vorgehen im Kampf gegen die Pandemie längerfristige Lösungen auch für die technologisch fortgeschrittenen Staaten behindern. Denn die Produktions- und Lieferketten sind auch in der Impfstoffproduktion längst globalisiert – auch Staaten wie die USA sind auf sichere Handels- und Lieferverträge angewiesen. Und selbst wenn ein Land sich selbst schützen könnte, bleibt es doch auf die Welt mit ihren Absatzmärkten und Lieferant_innen angewiesen. Gäbe es eine „Insel der Seligen“ – unter der langdauernden globalen Rezession einer fortgesetzten Pandemie würde auch sie leiden.

Anfang August hat WHO-Generaldirektor Dr. Tedros noch einmal betont, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach keine „silver bullet“ geben wird, also einen Impfstoff, der bei allen Menschen zu hundert Prozent wirksam ist. Auch deshalb läge es im „aufgeklärten Selbstinteresse“ aller Akteur_innen, konsequent auf Kooperation zu setzen. Dass sich die Bundesregierung weder bei der COVAX-Initiative noch beim Covid19 Technology Patent Pool zum globalen Nutzen des Gesundheitswissens sichtbar engagiert, zeigt, wie fragwürdig die Rolle als selbsternannter „Global Health Champion“ ist.



Andreas Wulf ist Arzt und seit 1998 bei medico international. Er ist Berlin-Repräsentant und arbeitet zu Themen globaler Gesundheit.

Patente töten

Ein Aufruf von medico u.a. für die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente

Die Welt ist zu einer Patientin geworden. Die Krankheit heißt Covid-19 und hat uns allen die unentrinnbare Verflochtenheit des Planeten vor Augen geführt. Heilung geht nur global oder gar nicht – so lautet eine der wichtigsten Lektionen der Pandemie, der sich niemand mehr entziehen kann. Im Interesse der Menschheit sollte die Welt gemeinsam, solidarisch und im Rahmen globaler politischer Institutionen nach einem Impfstoff und nach Medikamenten suchen, die dann entlang von Bedarfen produziert und verteilt werden.

Doch so ist es leider nicht. Denn die Geschichte jeder Epidemie ist auch eine Geschichte des Zusammenspiels von Wissen, Macht und Politik. So verharmlosen einige Regierungen die Gefahr durch das Virus und gefährden damit Tausende Menschenleben. Andere versuchen sich Masken, Diagnostika oder in Entwicklung befindliche Impfstoffe exklusiv zu sichern. Und die Pharmaindustrie stellt ihre Gewinninteressen ins Zentrum. Zugleich bauen philanthrokapitalistische Akteure ihren Einfluss aus – zulasten demokratischer Prinzipien und Normen. Von globaler Solidarität in der Pandemie kann an dieser Stelle nicht die Rede sein.

Um Covid-19 tatsächlich erfolgreich entgegenzutreten zu können, müssen die Regierungen der Welt die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Forschung transparent erfolgt und medizinisches Wissen und seine Endprodukte als Gemeingut der Menschheit betrachtet werden. Dies ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, Medikamente zur Behandlung von Covid-19 und einen Impfstoff mit der gebotenen Sorgfalt zu entwickeln, flächendeckend zu produzieren und gerecht verteilen zu können. Doch die Politik regiert mit Business as usual. Auch jene Regierungen, die versprechen, die Gesundheit gegen Profitinteressen zu verteidigen, weigern sich, eines der größten globalen Hindernisse bei der Versorgung der Menschen mit lebensrettenden Medikamenten in den Blick zu nehmen und zu beseitigen: Das globale Patentsystem mit seinen immer weiter voranschreitenden Verflechtungen.

Das Patentsystem hat die Wissensproduktion im medizinischen Bereich auf Gewinnmaximierung und Kapitalerträge ausgerichtet und nicht auf die Erforschung und Entwicklung lebensrettender Medikamente und deren gerechte Verteilung. Diese globale Ungerechtigkeit weist über die Covid-19-Pandemie hinaus. Das wird vor allem dort sichtbar, wo Menschen unentbehrliche Medikamente nicht bezahlen können. Die tödliche Wucht dieses Systems trifft alle, aber ganz besonders schwer diejenigen, die aufgrund ihrer Herkunft und ihres Einkommens an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die Zonen des Ausschlusses reichen von Flüchtlingslagern über städtische Armenviertel überall auf der Welt bis zu ganzen Ländern.

Trotz des rasanten medizinischen Fortschritts und der Verfügbarkeit von Medikamenten zur Heilung bzw. Behandlung sterben jedes Jahr Millionen Menschen an Krankheiten wie Tuberkulose, Diabetes oder Malaria. Die WHO schätzt, dass ein Drittel aller Patient*innen weltweit aufgrund hoher Preise und anderer struktureller Hindernisse keinen Zugang zu dringend notwendigen Medikamenten hat. Nur ein Bruchteil medizinischer Forschung befasst sich überhaupt mit den Gesundheitsproblemen, die zwar weltweit Millionen von marginalisierten Menschen betreffen, jedoch von Pharmafirmen nicht als attraktiver Markt betrachtet werden. Die Pharmaindustrie erforscht und entwickelt vor allem Medikamente, die hohe Gewinne in lukrativen Märkten versprechen. [...] Und das Patentsystem sorgt dafür, dass auch jene Medikamente hochpreisig gehalten werden, deren Entwicklung auf öffentlich finanzierter Forschung basiert. Dies ist eine folgenschwere Form der Privatisierung. Sie verschleiert zudem, dass die öffentliche Finanzierung der Forschung und Entwicklung volkswirtschaftlich günstiger wäre als ihre Refinanzierung über Patente und hohe Preise. [...]

Das Patentsystem schafft zudem mit der Patentierung von Forschungsmethoden und -instrumenten selbst Barrieren für den Forschungsfortschritt. Die Überwindung dieser ungerechten Strukturen ist ein Vorgriff auf eine Zukunft, in der die Daseinsvorsorge vom Markt- und Profitprinzip befreit ist und die das Menschenrecht auf Gesundheit als Gemeingut in das Zentrum des gesundheitspolitischen Handelns stellt. Und jetzt ist das Momentum da, diesen grundlegenden Politikwechsel durchzusetzen. Denn die Covid-19-Pandemie zeigt der gesamten Welt, dass Gesundheitspolitik eine globale Aufgabe ist, die von den Regierungen mit Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen und an einem menschenrechtlichen Prinzip ausgerichtet werden muss und an nichts sonst!

Wir, die Unterzeichner*innen, fordern daher von unseren Regierungen eine an den Gesundheitsbedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik, die Arzneimittel als globale öffentliche Güter behandelt und die Macht von Pharmaunternehmen im öffentlichen Interesse begrenzt. Hierfür sind die Entkoppelung von Forschungskosten und Preis bei Medikamenten unabdingbar, um neue Anreizmechanismen zu setzen, die Innovationen fördern und zugänglich machen. Die Vorschläge dafür liegen seit Jahren auf dem Tisch. Den Rahmen für diesen grundlegenden Politikwechsel böte die sofortige Einführung eines durch die Weltgesundheitsorganisation zu verhandelnden internationalen Vertrages, in dem sich Regierungen zur verpflichtenden, koordinierten Forschung und Entwicklung für neue unentbehrliche Medikamente, Diagnostika und Impfstoffe bekennen. Weil dieser grundlegende Richtungswechsel politisch erst noch erstritten werden muss, müssen sofort folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die Einrichtung eines globalen Patentpools für die einfache und kostengünstige Handhabung von Lizenzverträgen, angesiedelt bei der WHO.
- Die Verbesserung von Daten- und Preistransparenz in Forschung, Entwicklung und Verkauf, um Wissen breit zugänglich zu machen und Preise fair zu gestalten.
- Eine sozialverträgliche Lizenzierung bei allen mit öffentlichen Mitteln geförderten medizinischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.
- Die Förderung einer lokalen und öffentlichen pharmazeutischen Produktion durch die Unterstützung von Ländern des Südens beim Aufbau eigener Produktionskapazitäten u.a. durch Technologietransfer und Anschubfinanzierungen und die Schaffung leistungsfähiger regionaler Verteilungssysteme für Medikamente und Medizinprodukte.

Initiiert von BUKO Pharma-Kampagne und medico international (Deutschland), Outras Palavras, (Brasilien) sowie den globalen Netzwerken People's Health Movement und Society for International Development.

Um unser Anliegen politisch voranzubringen brauchen wir Ihre Unterstützung. Bitte unterzeichnen Sie hier: www.patente-toeten.de. Wir informieren über weitere Aktivitäten in den medico-Medien.

Freiheit, Gleichheit, Corona

Warum der aktuelle Streit zwischen Grund- und Freiheitsrechten so wichtig in der fortlaufenden Menschenrechtsdebatte ist

Von Thomas Rudhof-Seibert

Noch immer ist nicht wirklich klar, wie ernst die mit der Corona-Pandemie aufgebrochene globale Krise werden wird. Deutlich ist nur, dass die Welt nach Corona nicht mehr dieselbe sein wird, im Guten oder im Schlechten. Umso wichtiger sind die Debatten, die darum geführt werden. Umso schlimmer aber, dass sich viele Beiträge im Für und Wider einzelner Corona-Maßnahmen erschöpfen und verkennen, dass wir uns in Wahrheit in einem Streit um unsere Grund- und Menschenrechte und einem Streit zwischen diesen Rechten befinden.

Tatsächlich wurde der zuvor für unmöglich gehaltene Shutdown der Weltwirtschaft durch einen Shutdown eigentlich unaufhebbarer Grundrechte verstärkt: die Aufhebung der Rechte auf freie Bewegung, Begegnung und Versammlung. Während sich eine Mehrheit „vernünftig“ fügt, kämpft eine Minderheit um ihre bedrohte Freiheit, versteht unter Freiheit aber oft eine bloß private Willkürfreiheit: „Freie Fahrt für freie Bürger!“ Dem setzen die Befürworter*innen der Rechtseinschränkungen die Verpflichtung aufs Gemeinwohl und die Solidarität mit den besonders Gefährdeten entgegen. Auch sie aber tun so, als verstehe sich ihre Wahl wie von selbst: als gäbe es im Vor-

rang des Gemeinwohls vor der Einzelwillkür kein Freiheitsproblem.

Zunächst aber muss der politische Irrtum der „Corona-Rebell*innen“ auf den Prüfstand: Sie unterstellen, der Einschränkung der Grundrechte lägen finstere Absichten der Regierenden zugrunde. Tatsächlich ist es problematischer: Vieles spricht dafür, dass die Regierenden gar keine besondere Absicht verfolgt, sondern schlicht „biopolitisch“ gehandelt haben. Biopolitiken lenken moderne Gesellschaften nicht nach willkürlichen oder gar finsternen Absichten, sondern legen sich uns eher nach der Art einer scheinbar ganz selbstverständlichen Logik auf: im Glauben, schlicht vernunftgemäß zu handeln. Der Begriff der Biopolitik stammt von dem Philosophen Michel Foucault und hebt zunächst einmal hervor, dass sich die scheinbar selbstverständliche politische Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung im Allgemeinen wie der Individuen im Besonderen eben nicht von selbst versteht. Denn tatsächlich waren und sind biopolitische Regierungstechniken nicht nur für unser Wohl, sondern vor allem für das Kapital unerlässlich. Ihm sind die möglichst produktive Einordnung menschlichen Lebens in die Produktion und die Koordination von

Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum unerlässliche Funktionsbedingungen, ihm geht es darum, unsere körperlichen und geistigen Kräfte optimal zu nutzen und trotzdem gefügig zu halten: „Die Abstimmung der Menschenakkumulation mit der Kapitalakkumulation, die Anpassung des Bevölkerungswachstums an die Expansion der Produktivkräfte und die Verteilung des Profits [...] war nichts geringeres als der Eintritt des Lebens in die Geschichte – der Eintritt der Phänomene, die dem Leben der menschlichen Gattung eigen sind, in die Ordnung des Wissens und der Macht, in das Feld der politischen Techniken.“ Und weiter: „Man könnte sagen, das alte Recht, sterben zu machen oder leben zu lassen, wurde abgelöst von einer Macht, leben zu machen oder in den Tod zu stoßen.“ Ein Foucault verbundener Philosoph, Giorgio Agamben, sieht in der biopolitischen Logik sogar eine Reduktion des menschlichen auf ein „bloßes“, nur noch biologisches Leben. In der Akzeptanz des Verbots freier Bewegung, Begegnung und Versammlung sieht Agamben die Wendung dieser Reduktion in eine Selbst-Reduktion: Wer sie hinnimmt, mache sich freiwillig zu bloßem Leben.

An dieser Stelle hängt alles daran, dass hier nicht unmittelbar zwischen Freiheit auf der einen und Gesundheit oder Gemeinwohl auf der anderen Seite zu entscheiden ist, sondern zwischen unserem Recht auf Freiheit und unserem Recht auf Gesundheits- bzw. Gemeinwohlsorge. Schließlich geschah die Aufhebung der Grundrechte auf freie Bewegung, Begegnung und Versammlung im Namen eines anderen Grundrechts, des Rechts auf freien und gleichen Zugang aller zu Gesundheit. Wäre das deutlicher geworden, wäre der Streit zwar nicht gelöst, könnte aber auf besserer Grundlage fortgesetzt werden. Er wäre dann nämlich kein Streit um einzelne Regierungsmaßnahmen, sondern ein Streit um deren politischen, moralischen und ethischen Sinn. Denn auch

wenn unsere Rechte nicht unabhängig von kapitalistischer Biopolitik sind, gehen sie darin nicht auf. Sie setzen Freiheit und Gemeinwohl gleich, schreiben dem gelingenden Verhältnis von Freiheit und Gleichheit aber den Vorrang einer Freiheit ein, die mehr als Willkür ist. Sehen wir uns das näher an.

Der strittige Charakter unserer Grund- und Menschenrechte hängt am prekären Verhältnis ihrer Ein- und ihrer Vielzahl. Die zu Beginn der Französischen Revolution verkündete erste Menschenrechtserklärung (1789) hat die Viel-

Eine auf Menschenrechte begründete Ordnung findet ihr Maß einzig und allein an dem Menschenrecht, die eigene Existenz im Mitsein mit anderen frei bestimmen zu können und darin der eigenen wie der Menschenwürde aller teilhaftig zu sein.

zahl der Rechte deshalb dem Vorrang der Rechte auf Freiheit, Eigentum und Sicherheit unterstellt und allen Rechten das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung hinzugefügt. Sie hat alle unsere Rechte an den Kampf um diese Rechte, damit aber an unsere Freiheit und Würde gebunden. Dem Begriff der Menschenwürde wurde so seine spezifisch moderne Prägung gegeben, nach der sie an nichts als an unserer Fähigkeit zur Selbstbestimmung aus Freiheit hängt. Das Menschenrecht in seiner Einzahl ist deshalb das Recht auf Rechte als das Recht, die eigene Existenz im Mitsein mit Anderen frei zu bestimmen. Die Vielzahl der Menschen-, Grund- und sonstigen Rechte soll

dann die politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen garantieren, um Menschenrecht und Menschenwürde allen gleich zugänglich zu machen. Das gilt auch für das Recht auf Zugang zu Gesundheit und das Recht auf freie Bewegung, Begegnung und Versammlung. Der aktuelle Streit zwischen diesen Rechten hat sich deshalb am Recht auf freie Selbstbestimmung zu messen – und an dem, was wir darunter verstehen.

Soll dieser Streit ein gutes Ende finden, ist es hilfreich, sich seiner über zweihundertjährigen Geschichte zu erinnern. Tatsächlich hat es nicht lange gedauert, bis die Menschenrechte nicht nur gegen ihre erklärten Verächter, sondern auch gegen Mächte verteidigt werden mussten, die sich selbst aufs Menschenrecht beriefen. Noch in der Französischen Revolution haben dies die Vorkämpferinnen der Frauenemanzipation und die ersten Arbeiter*innenclubs tun müssen. In der Haitianischen Revolution (1791) griffen aus Afrika verschleppte Sklav*innen zu den Waffen, um ihr Menschenrecht gegen Soldaten der französischen Revolutionsarmee zu verteidigen, denen dieses Recht nur für Menschen weißer Hautfarbe galt.

In dieser Geschichte hat sich die permanente „Revolution der Menschenrechte“ fortlaufend näher bestimmt. So folgten auf die politischen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte: Ihre Erklärung wäre ohne die Oktoberrevolution kaum möglich gewesen. Im Gefolge der antikolonialen Revolutionen und der heute erst beginnenden sozialökologischen Revolution kommt es seit einigen Jahren zu ersten Erklärungen kollektiver Menschenrechte wie dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließlich des Rechts auf eigene Entwicklung, dem Recht auf Frieden, auf eine saubere Umwelt, auf einen gerechten Anteil an den Schätzen der Natur, auf die eigene Kultur und auf Kommunikation.

Von besonderer Bedeutung in der Corona-Pandemie ist eine weitere menschenrechtsrevolutionäre Auseinandersetzung. Seit einiger Zeit wird ein eigener Kampf geführt, in dem es zwar nicht um eine vierte Generation von Menschenrechten geht, aber darum, den Menschenrechten auch in dem bisher menschenrechtsfreien Raum der Herstellungs- und Lieferketten des globalen Kapitalismus Geltung zu verschaffen. Wie entscheidend das zugleich für das Leben wie die Würde von Menschen ist, zeigte der Shutdown der globalen Herstellungs- und Lieferketten. Er hat binnen weniger Tage Millionen

Denn auch wenn unsere Rechte nicht unabhängig von kapitalistischer Biopolitik sind, gehen sie darin nicht auf. Sie setzen Freiheit und Gemeinwohl gleich, schreiben dem gelingenden Verhältnis von Freiheit und Gleichheit aber den Vorrang einer Freiheit ein, die mehr als Willkür ist.

von Menschen in Pakistan, Bangladesch und anderen Ländern des globalen Südens in die völlige Einkommenslosigkeit, in Hunger und Obdachlosigkeit gestürzt, und das mitsamt ihren Familien, also jeweils mit fünf, sechs, acht oder neun anderen pro entlassener Arbeiterin. Im selben Zug wurden diese Menschen ein weiteres Mal der Erfahrung grenzenloser Verachtung ihrer Würde ausgesetzt: von einem Tag auf den anderen zu den Weggeworfenen dieser Welt zu gehören, mit einem Schnippen des Fingers derer, die zu solcher Verachtung die Macht – und auch das Recht haben. Das Recht auf Handels-

freiheit aber widerspricht nicht nur einer Vielzahl anderer Rechte: Es widerspricht allem voran der Unteilbarkeit der Ein- wie der Vielzahl des Menschenrechts.

Dabei hat die Unteilbarkeit aller Menschenrechte in ihrer 1948 verkündeten und verbindlich beschlossenen Allgemeinen Erklärung einen eigenen Ort gefunden. Er findet sich in ihrem §28 und lautet: „Jede hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.“ Die von allen Mitgliedsstaaten der UN und so auch von der Bundesrepublik unterzeichnete und damit als verbindlich anerkannte Erklärung spricht an dieser Stelle bewusst von der „vollen Verwirklichung“ der Menschenrechte, nicht von einer bloß teilweisen. Sie ist auch keine bloße Absichtserklärung, sondern eine alle Politik bindende Verpflichtung. Sie umschließt ausnahmslos alle anderen Menschenrechte, die bereits erklärten wie die, um deren Erklärung heute, morgen und übermorgen noch gerungen wird. Ihr Maß findet sie einzig und allein an dem Menschenrecht, die eigene Existenz im Mitsein mit anderen frei bestimmen zu können und darin der eigenen wie der Menschenwürde aller teilhaftig zu sein. Die materiellen und die politischen Mittel zu einer solchen globalen politischen Lösung, das belegt die Corona-Krise, sind längst gegeben: Wenn es möglich ist, den Hochgeschwindigkeitssturmlauf des globalen Kapitals in Wochenfrist zu stoppen, dann ist noch viel mehr möglich.

Was dazu allerdings fehlt, sind der politische Wille und die politischen Kräfte. Deshalb ist der Streit zwischen dem Recht auf Zugang zu Gesundheit und dem Recht auf freie Bewegung, Begegnung und Versammlung so wichtig. Beide Positionen dieses Rechtsstreits müssen sich zugleich vor dem Menschenrecht auf freie Selbstbestimmung und vor dem §28 rechtferti-

gen. Nur dann fällt die Berufung auf das Menschenrecht auf Zugang zur Gesundheit nicht mit der biopolitischen Reduktion des menschlichen Lebens zusammen. Nur dann fällt die Berufung auf das Recht zu freier Bewegung, Begegnung und Versammlung nicht mit der bloßen Willkür derer zusammen, die zufälligerweise den globalen Norden bewohnen. Beide Positionen müssen ihre Rechtsforderung für ausnahmslos alle und jede Einzelne geltend machen.

Kommt aktuell dem Recht auf freien und gleichen Zugang zu Gesundheit ein nicht abzuweisender Vorrang zu, fordert der Streit ums Menschenrecht dessen Ausbalancierung durch die Rechte auf freie Bewegung, Begegnung und Versammlung. Dieses Ausbalancieren muss dann aber alle anderen Menschenrechte zu einer globalen sozialen Infrastruktur freien und gleichen Existierens zusammenschließen. Den Ernstfall bezeichnen dann die Migrant*innen und Vertriebenen aller Länder, auf die überall auf der Welt Jagd gemacht wird, denen deshalb vor allem anderen das Recht auf Rechte zugesprochen werden muss. Die nächste Probe dazu markiert heute der Streit für den freien und gleichen Zugang ausnahmslos aller zu einem Impfstoff gegen den Virus. Um ihn führen zu können, brauchen wir das Recht auf Zugang zu Gesundheit wie das Recht auf freie Bewegung, Begegnung und Versammlung.



Thomas Rudhof-Seibert ist Referent für Menschenrechte bei medico und verfolgt philosophisch wie praktisch das Projekt einer Revolution der Menschenrechte.

Jenseits de Nordens

Foto: REUTERS/Mohammed Ismail

Angesichts eines vollkommen unzulänglichen Gesundheitssystems helfen in Afghanistan nur Masken und die Selbstorganisation der Menschen.

es



Die Horrorszenarien eines Massensterbens im globalen Süden sind so nicht eingetreten. Es gibt sogar kleine gute Nachrichten. Verheerend sind allerdings die ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen von Covid-19 in ohnehin angeschlagenen Gesellschaften. Beiträge über Südafrika, Afghanistan, Griechenland u. a.

Menschenrechtsarbeit unter allen Umständen

Afghanistan hat fast nichts, das es dem Virus entgegensetzen kann

Von Jawad Zawulistani

Nur schlechte Nachrichten aus dem Süden sind Nachrichten und Teil des kolonialen Blicks. Wir baten unsere Kolleg*innen aus Afghanistan um einen Artikel zu Covid-19 angesichts der horrenden Zahlen, die in unseren Medien zirkulieren. Im nachfolgenden Text tauchen sie nicht auf. Tatsache ist, dass es 38.243 getestete Fälle in Afghanistan gibt, von denen 1.409 starben. Wie unsere Kolleg*innen unter den auferlegten Restriktionen unbedingt und mit großer Entschlossenheit ihre Menschenrechtsarbeit fortsetzen, schildert der nachfolgende Text.

Auf dem Höhepunkt der ersten Covid-19-Welle in Kabul rief eine lokale Freiwilligengruppe, die bedürftige Familien mit Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln versorgt, Mahnaz an. Sie informierten die alleinerziehende Mutter, wo sie am nächsten Tag ihr Hilfspaket abholen könne. Dort erschien dann eine andere junge Frau, um das Paket für Mahnaz entgegenzunehmen. Auf die Frage, warum Mahnaz nicht selbst gekommen sei, antwortete sie: „Sie besitzt keine Schuhe.“

In einem Land, das seit mehreren Jahrzehnten nichts anderes als Konflikte und Krisen erlebt hat, ist Covid-19 als womöglich schlimmstes Schreckgespenst von allen aufgetaucht. Es

gibt fast nichts, was das Land dem Virus entgegensetzen kann, außer der Widerstandsfähigkeit der Menschen. Vielen mag Covid-19 angesichts dessen, was sie bereits erleiden mussten, wie eine Bedrohung der kleineren Art erscheinen. Doch noch haben sich die umfassenden sozioökonomischen Folgen der Pandemie nicht voll entfaltet. Und vor dem Hintergrund der besonderen Situation in Afghanistan könnte jede Einordnung der Schwere des Problems und seiner langfristigen Auswirkungen eine heillose Untertreibung sein.

Alle Schwächen offengelegt

Als Covid-19 im Nachbarland Iran zum Ernstfall wurde, nahm die Rückkehr nach Afghanistan exponentiell zu: Von Ende Februar bis Ende März 2020 sind schätzungsweise 100.000 Afghan*innen zurückgekehrt, manche freiwillig, andere wurden deportiert. Ihren Beschluss, die Grenzübergänge zum Iran zu schließen, hielt die afghanische Regierung nicht lange durch. Die Folge: In den Grenzprovinzen Herat und Nimruz breitete sich die tödliche Krankheit rasch aus. Und mit den Rückkehrer*innen sprang sie ungehindert auf das gesamte Land und nach Kabul über. Mitte März rief die Regierung dann den Lockdown für die Ballungszent-

ren aus – ohne sich allerdings darum zu kümmern, dass ein Großteil der Bevölkerung es sich nicht leisten kann, sich zu isolieren. Laut einer Studie aus dem Jahr 2018 lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und von der Hand in den Mund.

Das Gesundheitssystem Afghanistans zählt zu den fragilsten der Welt. Es ist vollständig von ausländischer Hilfe abhängig. Es verfügte weder über die erforderliche Testkapazität, um die Ausbreitung des Virus zu messen, noch ist

Noch haben sich die umfassenden sozioökonomischen Folgen der Pandemie nicht voll entfaltet.

es in der Lage, die Einhaltung von Bewegungseinschränkungen zu kontrollieren. Die Pandemie legt sämtliche Schwächen des Systems und der Gesundheitsinfrastrukturen offen: von katastrophal schlechter Hygiene und dem Mangel an Material und Fachpersonal über Günstlings- und Misswirtschaft bis zu erniedrigenden Prozeduren durch Behörden und offene Diskriminierungen. Angesichts all dieser Schwierigkeiten lieferten die vom Gesundheitsministerium veröffentlichten Statistiken kein realistisches Bild des realen Infektionsgeschehens. Die Maßnahmen der Regierung orientieren sich denn auch eher an Medien- und Lageberichten aus Nachbarländern.

Unterdessen wütete die Gewalt von allen Seiten weiterhin im ganzen Land. Die Forderungen nach einem Waffenstillstand, wie sie die Zivilgesellschaft, aber auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen erheben, werden ignoriert. Zudem schränken die unsichere

Lage und neue Restriktionen in den von den Taliban kontrollierten Gebieten den Zugang humanitärer Organisationen in entlegene Gebiete stark ein. Unter diesen Umständen ist es uns als Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO) eine große Herausforderung, die Arbeit mit den besonders marginalisierten und verletzlichen Bevölkerungsgruppen wie Kriegsopfern und Binnenvertriebenen fortzusetzen. Gleichzeitig waren wir uns unserer Verantwortung bewusst: Unter keinen Umständen sollte der Virus unseren Kampf für die Menschenrechte in Afghanistan auf Eis legen. Daher haben wir überlegt, wie wir unsere Arbeit an die neue Situation anpassen können.

Aus der Nische in den Mainstream

In Erwartung weiterer Covid-19-Restriktionen haben wir in einem ersten Schritt unsere technischen Infrastrukturen ausgebaut. Obwohl wir in einem am wenigsten entwickelten Teil des Planeten leben, wo mehrstündige Stromausfälle Alltag sind, konnten wir fast ununterbrochen kommunizieren. Veranstaltungen, Treffen und Workshops haben wir auf Online-Plattformen verlegt. Das hat dazu geführt, dass Advocacy-Veranstaltungen wie die Gesprächsreihe „Gerechtigkeit, Toleranz und Friedenskonsolidierung in Afghanistan“ ein Publikum im ganzen Land und darüber hinaus erreicht haben. Der Effekt ist, dass die Einbeziehung von Kriegsopfern in den afghanischen Friedensprozess von einer vergessenen Frage zu einer Mainstream-Diskussion geworden ist.

Intern haben wir einen flexiblen Arbeitsansatz entwickelt, der uns und denjenigen, mit denen wir zusammenarbeiten, hilft, die erforderliche Widerstandsfähigkeit zu entwickeln und den psychischen Druck lindert, den die Pandemie in den frühen Stadien auf alle ausübte. In die-

ser Zeit haben wir eine Gesamtbewertung unserer Organisation durchgeführt: Welche Bedarfe gibt es, wo liegen Schwächen? Zum einen hat das Kolleginnen und Kollegen Sorgen genommen, zum zweiten hat es das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt. Die Fürsorge für Kolleg*innen und Partner*innen wurde ebenso wichtig wie die Selbstfürsorge. Auch in unserer Arbeit mit Communities haben wir Änderungen vorgenommen, sei es bei der Organisation von Kriegsoptionen oder von freiwilligen Jugendlichen zur Bewältigung ethnischer Konflikte. Mit Graswurzelstrategien haben wir auch versucht, den Auswirkungen von Covid-19 in einem armen Viertel von Kabul entgegenzuwirken. AHRDO-Kolleg*innen waren in Freiwilligengruppen aktiv, die sich um die Versorgung von Vierteln, in denen der Hunger eine reale Bedrohung ist, mit lebenswichtigen Gütern kümmerten.

Trügerische Normalität

Es scheint, als sei das Leben in Kabul wieder in einen normalen Lauf zurückgekehrt. Universitäten sind geöffnet, Schulen ebenso. Welche Auswirkungen die Pandemie auf die Gesellschaft hat, ist noch nicht erfasst. So wollen wir wissen, wie viele Schülerinnen und Schüler in ihre Klassen zurückgekehrt sind und ob die Zahl der Mädchen stärker zurückgegangen ist, weil Familien, die noch ärmer sind als sie es vor der Covid-19-Ära waren, ihre Mädchen nicht mehr zur Schule schicken. Es kann sein, dass schon jetzt sechs von zehn Schülerinnen von der Schule genommen wurden. Auf dem Arbeitsmarkt ist das Bild ähnlich düster. Verstärkte Ausbeutung, Lohnkürzungen, geringere Sozialleistungen, höhere Arbeitslosigkeit – all das sind Folgen von Covid-19. Besonders Tagelöhner*innen sind hart getroffen worden und es steht zu befürchten, dass sich an ihrer Situation erst einmal nichts ändern wird. In ei-

nem Satz: Während die Gefahr einer zweiten Welle über Afghanistan schwebt, das internationale Engagement nachlässt und ein wirklicher Friedensprozess in weite Ferne gerückt ist, bleibt den Menschen kaum noch etwas, was sie teilen können – lediglich Angst und Unsicherheit.



Jawad Zawulistani ist Verwaltungsdirektor von AHRDO. Der Titel bezeichnet, so Jawad, nur ungenügend seine Tätigkeit. Er wie alle anderen in der wenig hierarchisch organisierten Gruppe erledigt die Aufgaben, die gerade anstehen.

medico kooperiert seit vielen Jahren mit den Menschenrechtsaktivist*innen von AHRDO. Die engen, auch persönlichen Beziehungen, die daraus entstanden sind, gewährleisten einen anderen, teilnehmenden Blick an der afghanischen Entwicklung. Im Zuge eines auch vom Auswärtigen Amt geförderten Projektes ist ein nationales Netzwerk für interethnischen Dialog und Verständigung in fünf Regionen entstanden: Balkh, Bamyan, Herat, Kabul und Nangarhar. Nun geht es darum diese Netzwerke zu stärken. Außerdem arbeitet AHRDO weiter an der Idee, ein Museum zu schaffen, in dem die Geschichte der Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan in einzelnen Biografien erzählt wird. Exponate daraus, die sogenannten Memory Boxes, wurden bereits u.a. in Afghanistan und Deutschland ausgestellt.

Spendenstichwort: Afghanistan



Der Lockdown als Einsperrung. Weil Griechenland und die EU nur repressiv tätig werden, müssen sich die Menschen mit Aufklärung und Prävention selbst helfen.

VORBILD MORIA?

Wie das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ reformiert werden soll

Abwehren, internieren, rückführen: ein Dreiklang der Entrechtung, der sich an vielen Orten der Welt im Umgang mit unerwünschten Flüchtlingen und Migrant*innen durchgesetzt hat. Die Europäische Union arbeitet von der nigrischen Sahara bis in die deutschen Anker-Zentren daran, ihn in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Vor allem die an den Außengrenzen der EU etablierten „Hotspots“ dienen als Laboratorien, in denen die möglichst restriktive Gestalt des zukünftigen europäischen Grenzregimes erprobt wird. Die mit Inkrafttreten des EU-Türkei-Abkommens am 18. März 2016 auf den griechischen Inseln geschaffenen Sonderrechtszonen bieten einen besonderen Rahmen für die weitgehende Entrechtung von Flüchtlingen und Migrant*innen.

Der Bundesregierung, die aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat, dienen die Erfahrungen aus den „Hotspots“ als Vorlage für die geplante Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), wie eine aktuelle Studie von Valeria Hänsel und Bernd Kasperek zeigt. In einem Konzeptpapier vom Februar 2020 schlägt die Bundesregierung vor, den eigentlichen Asylverfahren eine Vorprüfung voranzustellen – idealerweise schon vor der Einreise – und die Verfahren so zu beschleunigen. Auch eine Ausweitung freiheitsentziehender Maßnahmen in grenznahen Infrastrukturen der Internierung und Abschiebung ist vorgesehen. All diese Maßnahmen werden bereits seit einigen Jahren in den „Hotspots“ auf den griechischen Inseln erprobt – auf Kosten der betroffenen Menschen.

Die Corona-Pandemie erweist sich nun als Gelegenheit, den Prozess zu beschleunigen. Es besteht die Gefahr, dass Restriktionen, die zur Eindämmung der Pandemie eingeführt wurden – wie der seit Monaten immer wieder verlängerte Lockdown der Lager auf den griechischen Inseln –, verstetigt werden. Die gelegentliche als humanitäres Spektakel inszenierte Aufnahme einiger weniger besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (bevorzugt kranker Kinder) in anderen europäischen Ländern widerspricht diesem Szenario nicht. Sie kommt den Forderungen der Zivilgesellschaft nach Aufnahme ein wenig entgegen, um die Akzeptanz der restriktiven und entrechtenden Maßnahmen an den EU-Außengrenzen zu erhöhen. Maßstab für den Umgang mit Flüchtlingen und Migrant*innen müssen jedoch wieder die Rechte der Menschen werden – und nicht länger ihre Vulnerabilität.

Ramona Lenz

Unterschätztes Afrika

Über den Umgang mit Covid-19 und die Pandemie als Frage einer globalen Gesundheitssicherheit – Fragen an Dr. Alex O. Awiti



Dr. Alex O. Awiti ist Direktor des Ostafrikainstituts an der Aga Khan Universität in Nairobi, Kenia.

Das Corona-Virus hat sich weltweit ausgebreitet. Der afrikanische Kontinent ist bislang deutlich weniger davon getroffen als andere Regionen. Woran liegt das?

Die epidemiologische Struktur ist in Afrika sehr anders als in Europa oder in Süd- und Nordamerika. Zum Teil liegt das sicherlich daran, dass der Kontinent weniger stark in die globalen Verkehrs- und Handelswege integriert ist. Dazu passt, dass die höchsten Infektionszahlen in Afrika in eben jenen Ländern verzeichnet werden, die die wichtigsten internationalen Drehkreuze darstellen – Südafrika und Ägypten.

Ein weiterer Faktor dürfte die sehr junge Bevölkerung sein. Für entscheidend halte ich aber, dass die afrikanischen Länder die Lektionen aus früheren Pandemien wie Ebola oder Erfahrungen wie der HIV- und Aids-Krise gelernt haben. Als sich Corona von China auszuweiten begann, hat fast keine afrikanische Regierung das auf die leichte Schulter genommen. Es gab frühzeitig Lockdowns und es wurden konsequente Maßnahmen beschlossen. Manches erschien übertrieben. Das rasche Handeln hat aber auf jeden Fall dazu beigetragen, dass die erste Welle vergleichsweise klein gehalten werden konnte.

Vor einigen Wochen waren sich die deutschen Medien noch einig, dass Corona vor allem in Afrika eine absolute Katastrophe auslösen würde. Spiegelt sich in dieser Erwartung jene Erzählung, die der Soziologe Felwine Sarr „Afro-Pessimismus“ genannt hat?

Afrika wird manchmal unterschätzt. Man verkennet die Entschlossenheit, die Widerstandsfähigkeit und das Geschick der Menschen, sich zu organisieren und auf eine solche Pandemie zu reagieren. Die Annahme, Afrika sei auf eine Pandemie am wenigsten vorbereitet, ignoriert die Fähigkeit des Kontinents, Lehren aus gemachten Erfahrungen zu ziehen. Dabei haben die einzelnen Staaten durchaus unterschiedliche Wege eingeschlagen. So hat die Regierung

in Ruanda auf einen sehr genauen und robusten digitalen Tracking-Mechanismus gesetzt. Will man während des Lockdowns sein Haus verlassen, muss man über ein Online-Portal einen Antrag stellen und seine Wege dokumentieren. Außerdem erledigen die Menschen jetzt vieles online, von den Einkäufen bis zur Arbeit. Die Regierung in Tansania hat einen anderen Weg gewählt: Statt auf Kontrolle setzte sie auf das Verantwortungsbewusstsein der Menschen. Man durfte sich weitgehend frei bewegen, wurde aber immer wieder daran erinnert, die Vorsichtsmaßnahmen einzuhalten. Als erstes ostafrikanisches Land hat Tansania seine Schulen und Universitäten wieder geöffnet und bestimmte Zusammenkünfte zugelassen.

Sie haben das Online-Einkaufen erwähnt: Ist das mehr als ein Angebot für die Ober- und Mittelschicht?

Oft wird übersehen, dass in Afrika viel mehr Menschen Zugang zum Internet haben als man meinen könnte. Und um die SMS zu erhalten, die die Regierungs-Plattform im Zuge der Corona-Maßnahmen an die Menschen verschickt, braucht man nicht einmal Internet. Es braucht auch keinen Breitband-Zugang, um eine kurze Nachricht an das nächstgelegene Lebensmittelgeschäft zu schicken. Es gibt also eine Menge technische und gesellschaftliche Innovationen, die dem Kontinent helfen, mit der Pandemie umzugehen und dabei eine relative Normalität zu wahren.

Sie haben die HIV/Aids-Krise angesprochen. Damals spielten einige afrikanische Präsidenten die Gefahren drastisch herunter. Etwas Ähnliches erleben wir aktuell in Brasilien. Kann man sagen, dass es in Afrika eine neue Verantwortung für die Sorgen der Bevölkerung gibt oder wäre das ein verkürzter Blick auf die Dinge?

Wir stehen aktuell einer wirklich existentiellen Herausforderung gegenüber und es ist kein

Geheimnis, wie fragil die Gesundheitssysteme auf dem Kontinent sind. Die Regierungen haben also den Ansatz gewählt, durch Lockdown-Maßnahmen eine Ausbreitung der Krankheit zu verhindern und sie so von den Gesundheitsinfrastrukturen möglichst weit weg zu halten. Sie haben das Vorsorgeprinzip walten lassen. Viele haben von Anfang an Masken getragen und offen gesagt, dass es ein Problem gibt. In den Fällen, wo die Regierungen unvorsichtig und rücksichtslos waren – zum Beispiel in Burundi – hat sich das Virus bis in den Kern der Machtstruktur ausgebreitet. Anders als bei Aids hat diesmal auch kein Regierungsmitglied

Die Lehren aus früheren Pandemien wie Ebola wurden gezogen: Fast kein Land in Afrika hat Corona auf die leichte Schulter genommen.

behauptet, man müsse nur irgendein Gebräu trinken und wäre dann geschützt. Es hat sich eine sehr viel ernsthaftere afrikanische Führungsstruktur gezeigt. Außerdem denke ich, dass auch die Afrikanische Union eine Vorreiterrolle übernommen hat.

Bei der Entwicklung eines Impfstoffs gegen Covid-19 und seiner globalen Bereitstellung scheinen sich wieder nationale oder kontinentale Egoisten durchzusetzen: Wer das Geld und die Macht hat, schützt sich zuerst. Sehen Sie noch eine Chance für einen anderen globalen Modus? Und welche Rolle könnten die Afrikanische Union oder afrikanische Regierungen in diesem Ringen spielen?

Hier zeigt sich zu meinem Bedauern, wie massiv die Idee des Multilateralismus in den vergangenen Jahren beschädigt und untergraben

worden ist. Vor allem aber denke ich, dass die Pandemie uns aufruft darüber nachzudenken, wie wir als globales Kollektiv handeln können. Sie ist insofern beispiellos, weil sie im Grunde jedes Land zu verwüsten vermag, ob reich oder arm, ob im Norden oder im Süden. Jeder neue Ausbruch irgendwo auf der Welt kann potenziell alles, was anderswo mit großen Anstren-

Wie gehen wir auf Basis der Menschenrechte mit der Tatsache um, dass wir alle zusammen in dieser Sache drinstecken?

gungen erreicht wurde, wieder zunichtemachen. Jedes lokale Aufflackern des Virus ist eine globale Bedrohung. Deshalb denke ich, dass wir die Pandemie als eine Frage der globalen Gesundheitssicherheit betrachten sollten statt als das souveräne Anliegen einer einzelnen Regierung, ihre Bevölkerung zu schützen. In diesem Sinne sollten wir eine Debatte führen: Wie gehen wir in ethischer Weise und auf Basis der Menschenrechte mit der Tatsache um, dass wir alle zusammen in dieser Sache drinstecken?

Während der Pandemie haben mehr als 100 Intellektuelle aus Afrika einen Aufruf unterzeichnet, aus dem ein ungewohnter Optimismus spricht. So heißt es darin: „Afrika verfügt über ausreichende materielle und personelle Ressourcen, um einen gemeinsamen Wohlstand auf einer egalitären Grundlage und unter Achtung der Würde eines jeden Einzelnen aufzubauen. Der Mangel an politischem Willen und die ausbeuterischen Praktiken externer Akteure dürfen nicht länger als Entschuldigung für Untätigkeit dienen. Wir haben

keine Wahl mehr: Wir brauchen einen radikalen Richtungswechsel. Jetzt ist die Zeit gekommen!“

Das ist in der Tat erbaulich. Der Aufruf erkennt die geopolitische Dynamik an, stellt aber die afrikanische Führung in den Mittelpunkt. Ich hatte immer den Eindruck, dass die Unfähigkeit der eigenen Regierungen und das Versagen der Führung des Kontinents die Afrikaner*innen lähmt, selbst kühne und ehrgeizige Pläne zu entwickeln, wie man das Land oder den Kontinent voranbringen und eine gerechte Gesellschaft mit gleichen Rechten für alle aufbauen kann. Dies ist Folge historischer Abhängigkeiten. Als afrikanische Länder formal unabhängig wurden, hatten sie koloniale Grundlagen und die wenigsten haben dem Aufbau demokratischer Institutionen und sozialer Infrastrukturen viel Aufmerksamkeit geschenkt. Man sieht die frühen Misserfolge. Das hat sich erst in jüngerer Zeit mit dem wachsenden Bildungsstand der Bevölkerungen verändert. Die Menschen sind politisch aktiver geworden und haben begonnen, Fragen zu stellen: Wie können wir gemeinsamen Wohlstand schaffen und die lokalen Führer zur Rechenschaft ziehen? Welche Ansätze, welche Visionen gibt es, um wesentliche soziale Infrastrukturen für Gesundheit und Bildung sowie bürgerliche Freiheiten gewähren zu können? Mein Eindruck ist, dass sich wichtige Strukturen langsam stabilisieren.

Das Interview führte Anne Jung.

Transkription, Übersetzung: Maja Klostermann.

Teilerfolg

Südafrika: Dramatische Auseinandersetzungen um Korruption und Gesundheitspolitik offenbaren die tiefe Krise

Von Anne Jung

Welche zentrale Rolle Pflegekräfte, Gesundheitsarbeiter*innen, Gesundheitsämter in einer präventiven Gesundheitsfürsorge innehaben, zeigt sich in der gegenwärtigen globalen Gesundheitskrise. Ihre soziale und materielle Geringschätzung rächt sich nun. Aber es gibt Gegenbeispiele – unter anderem in Südafrika.

Tausende Gemeindegesundheitsarbeiter*innen in der südafrikanischen Provinz Gauteng haben einen beispiellosen Sieg errungen, der von landesweiter Bedeutung sein könnte. Sie, die bislang mit prekären Kurzzeitverträgen und schlechter Bezahlung abgespeist wurden, haben sich das Recht auf Festanstellung im öffentlichen Gesundheitssystem erstritten. Ihr Gehalt wird sich verdoppeln und damit endlich zum Leben reichen. Eine soziale Absicherung und Rentenansprüche bei Berufsunfähigkeit werden künftig ebenfalls garantiert. Die Ankündigung ist die überfällige Umsetzung eines Gerichtsurteils, das die Community Health Worker bereits 2018 erstritten haben, das aber bislang nicht umgesetzt wurde.

Dieser Erfolg ist der vorläufige Höhepunkt einer politischen und juristischen Auseinandersetzung zwischen den sich seit Jahren landesweit organisierenden Gesundheitsarbeiter*innen in den Gemeinden und den Regierungen in der Hauptstadt und in den Provinzen. Die Communi-



Foto: Chris Collingridge, Daily Maverick

Der freiwillig tätige Physiotherapeut Terry Rogan führt Josephine Kunene, die an ein Sauerstoffgerät angeschlossen ist, durch eine Reihe von Übungen zur Unterstützung der Genesung.

ty Health Worker betreuen vor allem chronisch Kranke und pflegebedürftige Menschen in Armenvierteln und in abgelegenen ländlichen Gemeinden, sichern zum Beispiel HIV-Infizierten die Medikamentenversorgung. Dabei sind sie selbst einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Tausende sind bereits erkrankt, andere wurden

während ihres Dienstes in einem von Gewalt geprägten Umfeld tötlich angegriffen. Mit dem aktuellen Anstieg der Corona-Fallzahlen – bislang ist Südafrika stärker betroffen als alle anderen afrikanischen Länder – wachsen die Gefahren für die Gesundheitsarbeiter*innen: Sie wurden vom Gesundheitsministerium ohne ausreichende Vorbereitung und Schutzkleidung in die Gemeinden geschickt. Das Risiko, sich mit Covid-19 zu infizieren, ist groß.

Ein Meilenstein, nach Jahren

Die wegweisende Umsetzung des Gerichtsurteils, zu der die Coronakrise beigetragen haben dürfte, ist Verdienst des Netzwerks der Community Health Worker, das in der Pandemie nun Teil eines übergreifenden südafrikanischen Zusammenschlusses geworden ist. In der „C-19 People's Coalition“ haben sich fast 400 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengetan, darunter Gewerkschaften, soziale Bewegungen sowie Migrant*innen- und Flüchtlingsorganisationen. Gemeinsam wollen sie Druck auf die Regierung ausüben. Dies ist auch bitter nötig. Denn zu Beginn der Pandemie konnte die Regierung noch mit einem erfolgreichen Krisenmanagement punkten. Nun aber häufen sich die Skandale um die endemische Korruption, die Präsident Ramaphosa eigentlich bekämpfen wollte. Mehrere Berichte haben in der südafrikanischen Öffentlichkeit für helle Empörung gesorgt, in denen schmutzige Geschäfte zwischen Staatsangestellten und privater Wirtschaft zur Lieferung von Schutzkleidung oder Lebensmittelpaketen für Armenviertel enthüllt werden. Hunderte von Fällen, in denen die bestellten Waren entweder deutlich übersteuert waren bzw. gar nicht oder in viel zu geringen Mengen eintrafen, liegen nun einer von Ramaphosa eingereichten Untersuchungskommission vor. Der Präsident selbst wandte sich Ende August 2020 in einem fast flehentlichen Brief an die Mitglie-

der des ANC. Dort heißt es unter anderem: „Milliarden von Rand, die für die Verbesserung des öffentlichen Transports, der Infrastruktur für die Armen, für zuverlässige Stromversorgung und ländliche Entwicklung vorgesehen waren, sind von wenigen Kriminellen entwendet worden.“ Die Menschen, so Ramaphosa, müssten begreifen, dass der ANC kein Weg zu Reichtum, Macht und Einfluss sei. Es müsse ein ethisches Bewusstsein der Mitglieder und insbesondere der Führung geben.

Vor diesem Hintergrund wiegt die Kritik von Dr. Lydia Cairncross vom People's Health Movement Südafrika, einem der zentralen Akteure der C-19 Coalition, noch schwerer: „Wir hätten großangelegte Bildungs- und Aufklärungsprogramme starten können, um zu vermitteln, wie man sich trotz des noch existenten Virus sicher verhalten kann. Wir hätten die Einrichtung von Covid-Community Action Teams unterstützt, die die Gesundheitsmaßnahmen in jede Gemeinde vermittelt hätten. Und die Regierung hätte sich um die Bereitstellung der Infrastruktur und Ressourcen kümmern können, damit Menschen sich auch die Hände waschen und Abstand einhalten können.“

Verschärfung bestehender Krisen

Die Koalition erinnert daran, dass der Virus keineswegs nur eine Gesundheitskrise ist und die Krise nicht erst mit der Pandemie begonnen hat. Seien es die wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Krisen – sie alle werden durch Corona verschärft. Für das Gesundheitssystem des Landes ist die Krise der Normalzustand. So waren schon vor Corona die Ausgaben pro Person im privaten Sektor 4,5 Mal so hoch wie im öffentlichen Sektor. Solche eklatanten sozialen Ungleichheiten werden in der Pandemie zur tödlichen Gefahr. Indem die Regierung nach der Lockerung des Lockdowns immer mehr ver-

sucht hat, die Verantwortung für die Gesundheit den Individuen aufzuerlegen, hat sie sich der eigenen Verantwortung entzogen. Die Folgen sind fatal – und die Zahlen von Infektionen stiegen massiv. Appelle zur Einhaltung der Hygienemaßnahmen scheitern schon an der Wirklichkeit der prekären Lebensverhältnisse. Dr. Lydia Cairncross: „Die Bruchlinien verlaufen zwischen denen, die Ernährungssicherheit haben, und jenen, die sie nicht haben; denen mit Wasser und sanitären Einrichtungen und jenen, die sich einen Wasserhahn mit 20 Familien teilen; denen, die ein Auto benutzen, und jenen in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln; denen, die Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, und jenen, die auf dem Land oder in den Townships davon abgeschnitten sind.“

Die südafrikanische Erfahrung

Diese politische Dimension der Pandemie spiegelt sich auch in der Frage der Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich möglicher Impfstoffe und Medikamente gegen Covid-19. Wer stellt sie wo her? Wer trägt die Risiken, wer die Kosten? Wer kennt die Formeln und verfügt über die Wirkstoffe? Und wer erhält wann und wie Zugang? Das globale Ringen um Antworten auf diese Fragen – zumal im Rahmen bestehender Verhältnisse und extremer Machtunterschiede – ist ein Kampf um Leben und Tod. In kaum einem anderen Land weiß man das so gut wie in dem stark von der HIV-Epidemie getroffenen Südafrika. Jahrelang hat eine breite Gesundheitsbewegung für den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten gegen HIV/Aids gekämpft. Selbst kleine Veränderungen dieses Systems, wie punktuelle lebensrettende Preissenkungen für HIV-Medikamente, kamen erst durch jahrelangen nationalen und internationalen öffentlichen Protest zustande. Sie mussten von Zivilgesellschaften und von besonders betroffenen Staaten in hartnäckigen Verhandlungen in der

Welthandelsorganisation erkämpft werden. Südafrika hat damals gelernt, welch langen Atem man braucht, wie zäh Veränderungsprozesse sein können – und wie entscheidend die Rolle der Zivilgesellschaft ist. Genau diese Lehre wiederholt sich jetzt mit dem juristisch-politischen Erfolg der Gemeindegesundheitsarbeiter*innen. Denn die exemplarische Festanstellung der Gesundheitsleute in Gauteng führt noch nicht dazu, dass auch in anderen südafrikanischen Provinzen gleichgezogen wird. Stattdessen wird Polizeigewalt eingesetzt, wenn Gesundheitsarbeiter*innen ihre Festanstellung einfordern.



Sieben Jahre ist es her, dass Anne Jung, Gesundheitsreferentin bei medico, auf einer Dienstreise erstmals mit den Anliegen und dem Kampf der Community Health Worker in Südafrika in Kontakt kam. Seither begleitet sie die Entwicklung.

Unter schwierigsten Bedingungen sind 70.000 Community Gesundheitsarbeiter*innen in Südafrika jeden Tag in Townships und informellen Siedlungen zu Hausbesuchen unterwegs. Nachdem ihre Forderung nach würdigen Arbeitsbedingungen jahrelang von Regierung und Gewerkschaften ignoriert wurden, begannen sie – seit 2014 mit Unterstützung von medico – sich selbst zu organisieren und gemeinsame Strategien für die Anerkennung ihrer Arbeit zu entwickeln. Der juristische Erfolg ist ein ermutigendes Signal ihre Arbeit fortzuführen.

Spendenstichwort: Südafrika

Projekte Projektionen

Ein Anti-Denkmal

Mexiko: Erinnerung an ermordete Migrant*innen

Vor zehn Jahren wurden im mexikanischen Bundesstaat Tamaulipas die Leichen von 72 Menschen gefunden. Wenige Tage zuvor waren die 58 Männer und 14 Frauen aus Brasilien, Nicaragua, Ecuador, Honduras, Guatemala, El Salvador und Indien auf ihrem Weg zur US-Grenze dem Zeta-Kartell in die Hände gefallen. Weil sie nicht kooperierten, wurden sie kaltblütig hingerichtet. Ein folgenloses Fanal im nicht enden wollenden Drogenkrieg, dem Migrant*innen zu Tausenden zum Opfer fallen. Um an die Toten zu erinnern und das Recht auf Migration zu bestärken, hat die medico-Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano [M3] in Mexiko-Stadt ein Anti-Denkmal errichtet. „+72“ steht gegenüber der US-Botschaft. Denn ohne den starken Druck der USA, die Durchreise von Menschen auf der Flucht vor Gewalt und Armut zu verunmöglichen, wären diese dem organisierten Verbrechen nicht derart ausgeliefert.



Öffentlichkeit schaffen und Druck machen: Das Anti-Denkmal für die 72 Toten von Tamaulipas.

Spendenstichwort: Mexiko

Extrem gefährdet

Somalia: Corona-Prävention, wo kein Staat funktioniert

Der „Global Health Emergency Preparedness“-Index gibt die Fähigkeit von Staaten an, auf globale Gesundheitskrisen zu reagieren: Somalia liegt weltweit auf dem vorletzten Platz. Im März 2020 sind die ersten Covid-19-Fälle aufgetreten. Angesichts dessen hat die langjährige Partnerorganisation NAPAD die Unterstützung in ländlichen und urbanen Gemeinden ausgebaut. So erhalten aktuell 2.700 marginalisierte Familien Lebensmittelhilfe. NAPAD vermittelt grundlegende Hygieneregeln, baut im öffentlichen Raum Handwasch-Stationen auf und verteilt Tausende Hygiene-Kits. Zudem werden Multiplikator*innen und Community Health Worker ausgebildet. All das basiert auf dem Vertrauen der Menschen, das sich die Mitarbeiter*innen von NAPAD durch die langfristige Zusammenarbeit erworben haben. Dazu gehört: stets vor Ort zu sein. Niemand bei NAPD genießt den Luxus von Home Office. Die Pandemie, die sich hierzulande als Bruch der Normalität darstellt, reiht sich im somalischen Kontext in die Reihe der Katastrophen der jüngsten Vergangenheit: fortwährender Bürgerkrieg, Terror, Dürre, Überschwemmung. Aber das, so betont Abdiweli Hassan, Projektmanager bei NAPAD, hindert die Menschen nicht daran, weiterhin füreinander einzustehen. Und er betont: „Wir können den Erreger nur besiegen, wenn wir uns selbst schützen, denn dadurch schützen wir andere“. NAPAD wird weiterhin jenen zur Seite stehen, die in den sich überlagernden Krisen am Horn von Afrika für Freunde, Nachbarinnen und Unbekannte da sind – auch wenn sie dafür jetzt Masken tragen müssen.

Spendenstichwort: Ostafrika



Handwasch-Station, aufgestellt von medico-Partner NAPAD.

Die Angst wächst

Gaza: Lockdown und Stromsperren

„Über all die Monate gab es in Gaza nur 483 bestätigte Fälle von Covid-19. Fast alle waren von außen gekommen und konnten hier unter Quarantäne gestellt werden“, sagt Issam Younis, Direktor des medico-Partners Al Mezan Center for Human Rights in Gaza. „Jetzt haben wir 402 aktive Fälle auf einmal, die über den gesamten Streifen verteilt sind.“ Das Virus ist da und die Autoritäten haben über weite Teile der Enklave eine Ausgangssperre verhängt. Hinzu kommt der akute Treibstoffmangel infolge der erhöhten Spannungen zwischen der Hamas und Israel. Deshalb gibt es nur acht Stunden Strom am Tag. Die Lage ist desolat. Und während Younis und sein Team ihre Menschenrechtsarbeit aus zu Büros umfunktionierten Wohn- und Schlafzimmern fortsetzen, wächst die Angst vor einer unkontrollierbaren Ausbreitung des Virus in dem dichtbevölkerten Gazastreifen. Unterdessen ist die Palestinian Medical Relief Society mit Unterstützung medicos dazu übergegangen, Patient*innen im Rahmen von Hausbesuchen zu versorgen. Denn auch im Lockdown brauchen chronisch Kranke regelmäßige medizinische Betreuung.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Eine traurige Chance

Nach der Explosion im Beirut sind die Hoffnungen auf Ängste groß wie die Befürchtungen wiederhergestellten Status

Eine der schwersten nicht-nuklearen, von Menschen verursachten Explosionen, die je gemessen wurde, hat den Hafen und anliegend

ige

uter Hafen
derung so
vor einem
Quo

ende Stadtviertel von Beirut zerstört.

Alle Fotos: Walid Rasheed

Eine Reise von Beirut über die Flüchtlingslager in Saida und der Bekaa-Ebene bis vor die Konsulate, vor denen deren Staatsangehörige kampieren

Von Mario Neumann

Die wichtigen Sätze werden dann gesagt, wenn der informelle Teil der Gespräche beginnt; dann, wenn das gesagt werden darf, was man eigentlich nicht sagen darf. „Vielleicht müssen wir dankbar sein dafür, dass 3.750 Tonnen Ammoniumnitrat im Hafen gelagert wurden und explodiert sind. Denn vielleicht hat uns diese Katastrophe eine noch viel größere erspart.“ Das ist so ein Satz, mit dem niemand zitiert werden möchte, den wir trotzdem gehört haben, über den es sich nachzudenken lohnt, der sich angesichts der politischen Realität geradezu aufdrängt. Es braucht nicht nur die Erkenntnis, es braucht auch die spektakulären Bilder, die ins Format der Medienlogik passen, damit eine Katastrophe als eine solche benannt wird. Nun sind also die Bilder da, die zeigen, was schon lange geschieht. Eine traurige Chance.

Persönlich ist unsere kurze Reise in den Libanon bedrückend und zugleich beeindruckend. Das meiste ist nicht neu: bettelnde Kinder und Familien an jeder Ampel, Flüchtlingslager, in denen Gegenwart und Geschichte stillsteht, provisorische Lebensweisen, die zum Teil aber seit Jahrzehnten auf Dauer gestellt sind. Zugleich aber sind das Land, seine politischen Aktivist*innen und Intellektuellen ein Inbegriff des Sich-Nicht-Unterkriegen-Lassens. Man spürt das sofort in jedem Gespräch: dass es noch nicht vorbei ist, dass immer noch und im-

mer wieder etwas möglich ist. Politisch ist so eine Reise, und auch das ist ebenso zynisch wie wahr, für eine*n Europäer*in abseits des teilweise schwer zu ertragenden Leids wie ein Besuch in einem Museum für moderne Geschichte des Nahen Ostens. An fast jeder Straßenecke finden sich Geschichten für ganze Doktorarbeiten, das Land ist ein Flickenteppich aus ungelösten regionalen Konflikten mit ganz eigenen Genealogien. Die Explosion am Hafen ist ein solcher Spot, eine weitere punktuelle Krise mit unklaren Grenzen. Unweit des berühmt gewordenen Graffitis „My government did this“ hat sich schon nach wenigen Tagen eine Art Anlaufstelle für Tourist*innen und die internationale Presse entwickelt. Alle, auch wir, parken dort, machen Fotos. Alle Katastrophen haben einen Raum im libanesischen Gegenwartsmuseum, das für fast alle, die hier leben keine Ausstellung, sondern ein Überlebenskampf ist. Nicht einmal auf Strom oder die Müllabfuhr kann man sich verlassen. Nur auf die Bars, die immer offen sind.

Der Hafen

„Jetzt sind sie alle hier. Sie hätten uns vorher helfen sollen“, sagt der Taxifahrer, der uns entlang des Hafens in den zerstörten Stadtteil Mar Mikhael bringt. Hilfsorganisationen prägen das Bild. Vor Ruinen, zerstörten Gebäuden und ka-

putten Lokalen haben viele ihre bunten Stände aufgebaut, einige verteilen Hilfsgüter, manche haben gar schon eigene T-Shirts: „Rebuild Beirut“. An einer Ecke herrscht unkoordiniertes Gedränge um eine Person, die Schutzmasken verteilt. Viele sind hier, von den bekannten UN-Organisationen bis zu staatlichen Organisationen aus der MENA-Region. Bis auf den Andrang an den Ständen ist der Stadtteil fast menschenleer. Nicht erst seit der Explosion: Mar Mikhael ist seit Jahrzehnten Schauplatz von Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozessen, viele der neuen Einwohner*innen haben daher nomadische Eigenschaften und Möglichkeiten. Sie sind in den Bergen, in Ferienhäusern oder zu Hause – im Ausland.

In Karantina, einem alten, konfessionell gemischten Arbeiter*innenviertel mit Fleischartindustrie und vielen informellen Wohn- und Lebensweisen, ist die Lage anders. Hier haben die allermeisten keine Ausweichquartiere. Sie leben nun in zerstörten Wohnungen in einem Stadtteil, in dem, wie die Filmemacherin Monika Borgmann sagt, „innerhalb von Sekunden das Leben zerstört wurde“. Wir sind unterwegs mit einer Gruppe palästinensischer Jugendlichen, die jeden Tag zum Helfen kommen – aus dem etwa eine Autostunde von Beirut entfernten Saida, genauer gesagt aus dem Ein El Hilweh-Camp. Gemeinsam mit anderen Unterstützer*innen klappern sie Haus für Haus ab, werden in Wohnungen hineingelassen und notieren per Handy in einer App Schäden und Bedarfe der Familien.

Die Explosion ist eine Katastrophe, die andere Krisen überlagert, obwohl sie sie verschärft. Einige sind jüngeren Datums, andere Jahrzehnte alt. Wir besuchen im südlichen Saida, in Richtung der nicht passierbaren Grenze Israels, besagtes Ein El Hilweh-Camp, einer der speziellsten Orte im Libanon, wo geschätzte 100.000 palästinensische Flüchtlinge leben,

viele seit Generationen. Kaputte Fensterscheiben, wie wir sie in Beirut immer wieder sehen, gibt es hier nicht. Doch während die Jugendlichen von der palästinensischen Organisation Nashet in Beirut bei der Katastrophe helfen, hat man hier andere Sorgen. Covid-19 hat, kurz nach der Explosion in Beirut, das Camp erreicht. „Während des ersten Lockdowns haben wir hier vor allem die sozialen Auswirkungen gespürt, weil die Maßnahmen präventiv waren. Jetzt aber machen sich Angst und Panik breit, weil es so gut wie keine medizinische Infrastruktur gibt und die ersten zwei Todesfälle bekannt geworden sind“, berichtet Zafer Khateeb von Nashet.

Der libanesische Flickenteppich aus Problemen, die sich einfach nicht alle gleichzeitig denken und bearbeiten lassen, aber trotzdem räumlich alle neben- und miteinander existieren, wird am Eingang des Camps in einem skurrilen Bild deutlich: Hinter dem Posten der libanesischen Armee, die das Camp nach außen abriegelt, befindet sich der palästinensische Checkpoint, den eine Miliz mit Maschinengewehren bewacht. Die jungen Männer in Straßenkleidung tragen Kalaschnikows, nichts ungewöhnliches, im gesamten Camp sieht man immer wieder solche Wachposten von einer der insgesamt elf Milizen, die eine Mischung aus Sicherheit und Einschüchterung vermitteln sollen. Dieses Mal tragen die Männer allerdings medizinische Schutzmasken.

Beirut again

Zurück zum Hafen und zur Explosion. Hier geht es in den Tagen und Wochen danach nicht nur um Hilfe für die betroffenen Stadtteile und Menschen. Am 4. August 2020 ist auch das politische und gesellschaftliche System des Libanon in die Luft geflogen. Die Katastrophe, verursacht von einem System organisierter

Verantwortungslosigkeit, ist Sinnbild für die Implosion einer untragbaren Korruption und Stagnation. Viele hoffen, dass sie nun unwiderruflich vorbei sind, ohne sich – selbst im informellen Gespräch – eine Prognose zuzutrauen. „Everything is possible“, das sagen alle, wirklich alle.

Das wissen natürlich auch jene, die im Libanon seit jeher um Einfluss ringen, ob nun die ehemalige französische Mandatsmacht, der hinter der Hisbollah stehende Iran oder das mit den Sunniten im Land verbundene Saudi-Arabien. Nicht nur die NGOs sind in ihrem Element. Da sind auch die Bilder und Inszenierungen europäischer Politiker*innen im Heldenmodus. Sie erinnern an die Troika in Griechenland oder an die internationale Hilfe in Haiti. Jetzt ist Beirut an der Reihe. Gleich zweimal innerhalb einer Woche krepelten europäische Jungstaatsmänner die weißen Hemden hoch und reisten an die Schauplätze der Explosion vom 4. August. Zuerst kam Emanuel Macron und weckte kleine Träume, ihm folgte Heiko Maas, der einen Scheck über eine Million Dollar für das Rote Kreuz dabei hatte. Es gehört zur Tragik der jüngsten libanesischen Geschichte, dass zwar niemand auf diese geopolitischen PR-Aktionen hereinfällt, sie aber gleichzeitig Hoffnung stiften. Anders als der französische Präsident hat sich kein einziger libanesischer Verantwortlicher am Hafen blicken lassen.

Die EU eilt also zur Hilfe, ja gewissermaßen zur Befreiung? So richtig glaubt das niemand. Die medico-Partner von UMAM oder dem investigativen Medienprojekt The Public Source weisen uns in langen Gesprächen auf den komplizierten Zusammenhang der inneren Stagnation mit den Interessen der internationalen Akteure hin. Die libanesischen Katastrophe wird in Europa als verkorkste Nationalgeschichte präsentiert, als ein verschleppter und Politik gewordener Bürgerkrieg und als Zeugnis unfähiger

Eliten. Das legt nahe, dass es letztlich wieder einmal die Völkerkunde ist, die das „Staatsversagen“ erklärt und europäischen Nachhilfeunterricht und Entwicklungshilfe nötig macht. Doch der Libanon ist – bei allen nationalen und regionalen Besonderheiten – nicht der Schauplatz eines nationalen Scheiterns. Es ist vielmehr der Ort, an dem sich seit Jahrzehnten geopolitische Konflikte verdichten und die Gesetze des neoliberalen Kapitalismus Antriebskraft einer selbstzerstörerischen Dynamik sind, die den Staat als Beute und das Land als Spielfeld schneller Profite betrachten. Die mafiose Ausplünderung eines Landes und einer Bevölkerung über den Staat, durch Gruppen, deren Macht tiefer geht, ist bei weitem keine Ausnahme des globalen Kapitalismus. Außerhalb der imperialen Zentren, aber zunehmend auch dort, sind sie längst ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil des Systems geworden. Man denke nur an Lateinamerika. Der Konfessionalismus und die Korruption sind das libanesisches Gesicht dieses globalen Systems, nicht sein Gegenteil. Und ihre jahrzehntelange Stabilität verdanken sie auch ihm.

Alle, die hier sind,
wollen hier weg

Der Libanon ist flächenmäßig gerade einmal halb so groß wie Hessen. Das europäische Interesse an dem kleinen Land im Nahen Osten gilt daher auch weniger den bescheidenen Ölfeldern des Landes. Es ist vor allem von geopolitischer Bedeutung. Der Libanon ist Brückenkopf in den Nahen Osten – und eine gigantische Wartehalle. Fährt man durch die Bekaa-Ebene nahe der syrischen Grenze, sieht man irgendwann fast nur noch Zelte, in denen syrische Flüchtlinge leben. Die einen sind informell und selbstgebaut, die anderen von NGOs oder dem UNHCR bereitgestellt. Die medico-Partner von der Gesundheitsorganisation



Können sie sich die Mieten im Hafenviertel Karantina nach dem Wiederaufbau noch leisten?

Amel betreiben hier Gesundheitszentren und mobile Kliniken, die mit Hilfsgeldern notdürftige, aber lebensnotwendige medizinische Versorgung organisieren. Amel ist mit einigen mobilen Kliniken auch in Beirut im erwähnten Karantina unterwegs. Auch wenn es gerade weniger Beachtung findet: In der Bekaa-Ebene hat sich nichts verbessert und in diesem Winter wird es wohl wieder die Bilder verschneiter Zelte und verzweifelter Flüchtlinge geben, die hier teilweise seit acht Jahren leben.

700 Millionen Euro hat die EU in den letzten fünf Jahren für die Versorgung syrischer Flüchtlinge im Libanon bereitgestellt. Der „EU-Lebanon Compact“ vereinbarte 2016 in einem Zwischenschritt, dass man die Krise in eine Chance verwandeln möge. Ziele: „Beruhigung der Lage, sozio-ökonomische Entwick-



An einer der mobilen Gesundheitsstationen von medico-Partner Amel.

lung, Sicherheit, Stabilität und Stärkung der Resilienz des gesamten Landes“. Damit ist jetzt Schluss, Millionen Menschen sind potenzielle neue Migrant*innen. Zu den Flüchtlingslagern in Bekaa, wo viele Menschen undokumentiert in der Landwirtschaft arbeiten und Kinderarbeit die Regel ist, kommen noch un-

Der Libanon ist – bei allen nationalen und regionalen Besonderheiten – nicht der Schauplatz eines nationalen Scheiterns, sondern einer verdichteten internationalen Krise

zählige und oft undokumentierte Syrer*innen in Beirut hinzu, die sich nicht selten unter die libanesischen Armen mischen. Doch selbst das ist noch nicht alles: Vor den Botschaften Kenias, Äthiopiens und des Sudans in Beirut wiederum treffen wir Arbeitsmigrant*innen, die nicht mehr – wie noch vor der tiefen sozialen Krise seit dem Oktober 2019 – für ihre Rechte kämpfen, sondern dafür, in ihre Heimatländer zurückzukehren. „Wir haben hier keine Perspektive mehr, es ist überall besser als im Libanon.“

Die angekündigte Demonstration der Demokratiebewegung am Samstag nach der spontanen Großdemonstration eine Woche zuvor findet nicht statt. Das Parlament hat den Ausnahmezustand bestätigt, das Militär patrouilliert Downtown und in den angrenzenden Hafengebieten mit gezückter Waffe. Ohnehin ein Bild, das uns die ganze Zeit begleitet: Polizei und Militär sind selbst in den Gebieten massiver Zerstörung nur da, um die Bevölkerung zu

kontrollieren. Kein Wunder, dass es den Menschen reicht. Es sind vor allem die jungen Leute und mit ihnen auch eine gewisse Leichtigkeit, ein Abschütteln, die die Kraft dieser Bewegung ausmachen. Neben den politischen Reformen und einem neuen ökonomischen Pfad geht es auch um ein neues Gemeinwesen, eine universelle Idee jenseits des Konfessionalismus.

Die neue Massenbewegung, die sich in vielen Episoden der letzten Jahre seit 2011 bereits andeutete, brach im Oktober 2019 viele Tabus der libanesischen Stagnation. Über regionale, soziale und konfessionelle Grenzen hinweg wurde ein Ruf laut, der sich in den letzten Wochen erneuerte: „Alle heißt alle.“ Alle müssen gehen, damit endlich etwas Neues kommen kann. Viele sagten, dass mit dieser Bewegung 30 Jahre nach dem offiziellen Ende die Zeit des libanesischen Bürgerkriegs nun tatsächlich zu Ende sei. Die Bewegung ist noch weit davon entfernt, ein politischer Akteur zu werden oder gar ein Programm vorlegen zu können. Sie ist aber im besten Sinne zu einer Art Gegenmacht geworden, die nicht nur eine Demokratisierung der Politik, sondern auch ein Ende jener Stabilität fordert, für die seit Jahren von außen gesorgt wird.

Was kommt jetzt?

Was nach dieser „Stabilität“ kommt, ist nicht nur eine innenpolitische Frage und deshalb ist sie auch nicht allein auf der Straße lösbar. Es braucht Diplomatie und taktische Bündnisse mit Teilen jener internationalen Akteure, die im Libanon seit Jahrzehnten mitmischen. Das gilt für die alten Machteliten genauso wie für diejenigen, die Veränderung wollen. Die interne Konkurrenz der internationalen Politik könnte aber auch Chancen für progressive Akteure bereithalten. Ganz ohne sie geht es nicht,

denn es braucht in allererster Linie auch Geld. Die libanesische Ökonomie liegt am Boden, die Liaison von Finanzkapital und schnellen neoliberalen Profitinteressen mit der regionalen Korruption ist am Ende, die Auslandsdollars der etwa 10 Millionen Diaspora-Libanes*innen werden weniger. Gleichzeitig trudeln Hilfsgelder ein. In Ermangelung anderer sozialpolitischer Akteure und eines abwesenden Staates gibt es Ängste, dass sich die konfessionellen Gruppen und Parteien über ihre Vorfeld-NGOs gesellschaftlich und ökonomisch sanieren könnten. Da hilft es auch wenig, wenn, wie oft beteuert, die Gelder nicht an die Regierung gehen. Aber diese Hilfen werden nicht reichen. Bereits am 7. März 2020 erklärte der Libanon die Zahlungsunfähigkeit. Der Staat hat mit einer Schuldenrate von 170% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) den weltweit dritthöchsten Schuldenstand. 85% der Lebensmittel werden importiert, die halbe Bevölkerung lebt in Armut. Der Libanon ist pleite und bankrott.

„Everything is possible“. Eine Lösung kann nur im Libanon liegen und ist doch nicht nur dort möglich. Und sie geht auch darüber hinaus. Gefragt nach einer optimistischen Perspektive auf die Demokratiebewegung antwortete ein alter medico-Freund: „Selbst wenn sie wirklich eine Revolution im Libanon machen würden, wäre noch gar nichts gewonnen. Es ist erst alles gut, wenn ich mich abends ins Auto setzen, nach Haifa oder Damaskus fahren kann, um ein Bier zu trinken und dann wieder zurückkommen kann.“



Mario Neumann ist medico-Pressereferent und war nach der Explosion in Beirut, um dort die medico-Partner*innen zu begleiten und die Perspektiven in der Katastrophe zu erörtern.

Hilfe braucht Zivilgesellschaft

medico-Partner im Libanon

Gegründet in der Zeit des libanesischen Bürgerkriegs, verfolgt die Basisgesundheitsorganisation Amel das Prinzip „Gesundheit für alle“ – unabhängig von Religion, Pass oder Einkommen. Die staatliche Gesundheitsversorgung ist im Libanon absolut unzureichend. Im ganzen Land betreibt die Organisation deshalb 24 Gesundheitszentren und sechs mobile Kliniken für alle Bedürftigen.

Die feministische medico-Partnerorganisation Anti-Racism Movement steht seit Mai 2020 migrantischen Arbeiterinnen zur Seite, die aufgrund der Corona-Pandemie ihre Anstellung in den Häusern der libanesischen Mittelschicht verloren haben: mit Überlebenshilfen in von ihr betriebenen Gemeindezentren, mit Rechtsberatung und anwaltlichem Beistand.

Freiwillige der medico-Partnerorganisation Nashet, die im marginalisierten palästinensischen Flüchtlingsviertel Ein El Hilweh Jugendliche betreut und Frauen bei der Selbstorganisation unterstützt, haben noch am Tag der Explosion Blutspenden organisiert und sind dann ins Zentrum von Beirut aufgebrochen, um bei der Beseitigung der Trümmer zu helfen.

Seit diesem Jahr unterstützt medico das Medienprojekt The Public Source, das sich um Offenlegung relevanter Informationen aus dem politischen Betrieb des Landes bemüht und kritische Hintergrundberichte veröffentlicht. Auch in den Tagen nach der Explosion sorgten die Aktivist*innen für eine kritische Berichterstattung.

Spendenstichwort: Libanon

Frag- würdige Stabili- sierung

A silhouette of a person wearing a cap and sneakers, crouching on a rocky shore. They are holding a smartphone and looking at it. The background is a sunset or sunrise over the ocean, with a large rock formation on the left.

Foto: REUTERS/Juan Medina

Weil ihre Interessen bei der „Stabilisierung“ Malis bisher keine Rolle gespielt haben, verließen viele Menschen das Land und suchten eine neue Zukunft in Europa, hier in Süds Spanien.

Nach monatelangen Protesten stürzte das Militär in Mali die Regierung. Was folgt, ist offen

Von Sabine Eckart

Wer sich mit der Situation in Mali beschäftigt, wird von den Nachrichten über den erneuten vom Militär erzwungenen Machtwechsel in Bamako nicht überrascht gewesen sein. Konnte man sich 2012 noch über die Zustimmung aus der malischen Bevölkerung zum damaligen Putsch wundern, erscheint die breite Unterstützung des Machtwechsels diesmal nachvollziehbarer. Ihm gingen monatelange Massenproteste und Forderungen nach dem Rücktritt der Regierung von Ibrahim Boubacar Keïta voraus. Ousmane Diarra, Präsident der Selbstorganisation von Abgeschobenen AME, mit der medico seit langem zusammenarbeitet, beschreibt die Intervention durch das Militär denn auch als Ergebnis eines „langen Prozesses der Volksrevolution“: „Das Militär hat das unterstützt, was ein großer Teil der Bevölkerung verlangte. Ohne die zahlreichen Proteste hätte das Militär es in der aktuellen Situation nicht gewagt, die Regierung zu stürzen.“ Es gibt auch die Hypothese, das Militär habe – um die Kontrolle zu behalten – einem zivilen Umsturz zuvorkommen wollen.

Mali befand sich bereits vor 2012 in einer tiefen politischen, sozialen und ökonomischen Krise. Seither hat sich nichts zum Besseren gewendet. Die Frustration über sich verschärfende politische und soziale Missstände, schlechte Regierungsführung, unzureichendes Krisenmanagement, Korruption sind durch die jüngs-

ten Wahlfälschungen noch gewachsen. Hinzu kommt, dass sich die Sicherheitssituation im ganzen Land gravierend verschlechtert hat. Nicht mehr nur der Norden Malis, auch das Zentrum des Landes sind zunehmend von einer gewaltsamen Austragung von Konflikten betroffen. Daran hat auch die massive internationale Militärpräsenz nichts geändert – im Gegenteil.

Die Stabilisierung des fragilen politischen und militärischen Status quo stellt bisher die leitende Maxime militärischer und politischer Interventionen dar, sei es aus Europa, den USA oder auch der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS). In den sogenannten Stabilisierungsmaßnahmen geht es allerdings nicht um die legitimen Interessen der malischen Bevölkerung an menschlicher und Rechtssicherheit sowie sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen. Im Vordergrund stehen die geostrategischen und innenpolitischen Interessen der intervenierenden Akteur*innen – sei es, dass die weitere Ausbreitung radikalreligiös begründeter Militantismen in der Region verhindert oder Migrationsbewegungen Richtung Norden blockiert werden sollen. Willfähige Regierungen werden aus purem Eigeninteresse an der Macht gehalten. Diese Stabilisierung um jeden Preis stützt ein marodes politisches System und verhindert dringliche politische und strukturelle Veränderungen im Interesse der Bevölkerung.

Will man wirklich etwas gegen eine wie auch immer begründete Radikalisierung, die gewaltsame Austragung von Konflikten sowie politische Verkrustung unternehmen, müsste man die Interessen der Bevölkerung wahr- und ernstnehmen. Es würde bedeuten, einen selbstgesteuerten, inklusiven und transparenten politischen Prozess zu unterstützen, der die erforderlichen Veränderungen einleiten kann. Ein solcher Prozess benötigt Zeit, Ressourcen und Know-how. All dies wäre hier viel sinnvoller eingesetzt als in einer um ein Vielfaches teureren und riskanteren militärischen Stabilisierung eines Status quo ante. Denn

letztere nutzt nur einer kleinen Machelite und lässt die tatsächlichen Herausforderungen in Mali und der gesamten Sahelregion weitgehend unangetastet.



Sabine Eckart ist Politikwissenschaftlerin und koordiniert bei medico seit 2007 die Kooperation mit Partnerorganisationen in Mali und dem Sahel.



Massenprotest gegen Präsident Ibrahim Boubacar Keita, kurz IBK, auf dem Unabhängigkeitsplatz in Bamako.

AUZUG AUS DER STELLUNGNAHME VON FOKUS SAHEL ZUM UMSTURZ IN MALI

Wir appellieren an die Bundesregierung und die Europäische Union, in ihrer Politik gegenüber Mali folgende Positionen und Forderungen aus der malischen Zivilgesellschaft zu berücksichtigen:

- Den offenkundigen Willen großer Teile der malischen Bevölkerung zu respektieren und sich nicht für eine Wiedereinsetzung der gestürzten Regierung einzusetzen.
- Die aktuelle Situation als Chance zu betrachten, die es Mali ermöglichen kann, politischen Stillstand und Kontrollverlust sowie das dramatische Abgleiten in immer neue Gewaltspiralen zu überwinden.
- Das eigene Engagement in Mali auf allen Ebenen kritisch zu überprüfen, da der Kollaps vorhersehbar und vermeidbar gewesen wäre. Dazu gehört auch anzuerkennen, dass Ertüchtigung (Militärkooperationen, die sich auf Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe richten) und Truppensendungen keinen nachhaltigen Frieden in Mali gebracht haben. Stattdessen sollten in der zukünftigen Kooperation zivile Friedens- und Dialoginitiativen in den Mittelpunkt friedenspolitischer Bemühungen gestellt werden. Gleichwohl ist zu klären, wie bzw. durch wen der Schutz der Zivilbevölkerung gewährleistet werden kann.

- Die malische Übergangsregierung in die Pflicht zu nehmen, in einem friedlichen Übergangsprozess – unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft – politische und institutionelle Reformen inklusive einer Verfassungsreform so zu gestalten, dass sie die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Dafür sollten die Ergebnisse des „Dialogue National Inclusif“ (2019), der „Conférence d’Entente Nationale“ (2017) und des Friedensvertrags von Algier (2015) die Grundlage bilden. Ein klarer Fahrplan und ein realistischer Zeitrahmen sind dabei zwingend erforderlich. Die Übergangsregierung muss einen Schutz der Menschenrechte garantieren und Verantwortliche von vergangenen Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung ziehen.
- Auf eigene Sanktionen wie die Aussetzung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verzichten und sich dafür einzusetzen, dass durch die ECOWAS erlassene wirtschaftliche Sanktionen und Grenzschießungen unverzüglich aufgehoben werden, da sie die humanitäre Notlage in Mali verschärfen. Allgemeine Wirtschaftssanktionen sind nicht zielführend, weil sie die verarmte Bevölkerung negativ treffen. Sanktionen müssten sich ggf. gezielt auf die Machthaber und deren Umfeld richten, um Druck auszuüben, die Machtübergabe an demokratisch legitimierte zivile Strukturen vorzubereiten und umzusetzen.
- In der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit durch mehr Kontrolle und Transparenz bei der Verwaltung der Mittel deren Veruntreuung vorzubeugen. Sollte sich herausstellen, dass veruntreute Gelder in Europa angelegt wurden, sind Maßnahmen zu ergreifen, diese an den malischen Staat zurückzuführen.
- Unterstützung anzubieten, welche die malische Wirtschaft stärkt und bessere Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung schafft. Dies sollte auch eine Revision sowie eine substanzielle finanzielle Aufstockung der Entwicklungszusammenarbeit umfassen, unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung von der Land- und Viehwirtschaft lebt.

*Diese Stellungnahme gibt im Wesentlichen Standpunkte malischer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aus Nichtregierungsorganisationen und akademischen Kreisen im Umfeld der Mitwirkenden von Fokus Sahel wieder. Fokus Sahel ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, dem auch medico angehört. Es arbeitet zu friedens- und entwicklungspolitischen Themen im Sahel.*

Die vollständige Stellungnahme findet sich auf www.medico.de/mali

Godot in der Wüste



Foto: Timo Buresch

Verlassen in der Einöde: Seit Jahrzehnten leben die Saharais in der Geröllwüste im Grenzgebiet Algeriens zur Westsahara.

Westsahara-Konflikt: Seit über 40 Jahren harren die Saharais in Flüchtlingslagern aus und warten auf eine politische Lösung

Von Timo Dorsch

Es ist verwunderlich, dass die Saharais in den Lagern einen nicht wutentbrannt anschreien mit den Tatsachen über ihr ungerechtes Leiden und die sie verschlingende Monotonie. Wer seit über 40 Jahren zum Warten verdammt ist, hat alles Recht dazu. Dennoch ist die Stimme von Buhubeini Yahia, Präsident des Saharaischen Roten Halbmonds, ausgeglichen: „Die internationalen Geber fokussieren sich mehr auf Zonen, wo es Terrorismus und bewaffnete Konflikte gibt. Ein ruhiger Ort wie der unsere kümmert sie nicht.“ Dennoch liegt Ruhe in den Worten der jungen Journalistin Gabal Rachid: „Das ist die Hölle. Ich möchte lieber im Krieg sterben als hier mein ganzes Leben leben.“

Dieser ruhige Ort der Hölle sind die Flüchtlingslager von mindestens 173.600 Saharais und ihrer antikolonialen Befreiungsfront Polisario. Aus der Westsahara bis auf algerisches Staatsgebiet vertrieben, harren sie dort seit 1976 aus. Es nährt und eint sie der Glaube an eine vereinigte Demokratische Arabische Republik Sahara [DARS]. Deren Gebiet sind seit den 1980er Jahren durch einen 2.720km langen und von sieben Millionen Landminen gesicherten Wüstengürtel zweigeteilt, die westliche ressourcenreiche Hälfte wird vom nördlichen Nachbarn Marokko kontrolliert. Die Saharais nährt und eint die Hoffnung auf ein Referendum über die Zukunft ihres Landes, jenes uneingelöste Versprechen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1991, das entscheidend dafür war, dass die Po-

lisario im Krieg mit Marokko die Sprache der Waffen in die der Diplomatie eintauschte. Und während der konkrete Zeitpunkt der Abstimmung von Marokko in den ersten zehn Jahren immer wieder verschoben wurde und sich der König in den 2000er Jahren gänzlich davon verabschiedete, warten die Saharais noch immer.

Es ist ein Warten auf das, was nicht mehr kommt. Durchdrungen von einer Monotonie, in der sich das Gestern nicht mehr von dem Morgen unterscheidet, ähnelt es dem Absurden Theater von Samuel Beckett und seinen zwei bekanntesten Figuren: Estragon: Komm, wir gehen! / Wladimir: Wir können nicht. / Estragon: Warum nicht? / Wladimir: Wir warten auf Godot. / Estragon: Ach ja. Godot wird nicht kommen. Dennoch warten sie und ihr Warten ist die Abfolge des Immergleichen. Ihr Warten ist das Warten der Saharais.

Abhängig von der äußeren Gunst

Hamada wird diese Gegend der Sahara genannt, in der sich die Lager, die wilāyas, befinden. Gleich den politischen, spenden auch die geographischen Gegebenheiten wenig Trost. Hamada, das ist die Wüste der Wüsten. Eine tote Unendlichkeit aus Sand und Steinen, in deren Mitte die Wüstendörfer aus Lehmhäusern und den traditionellen Haima-Zelten auf-

gebaut wurden. Ausgeweidete Autos prägen die Szenerie. Der Wind treibt den Sand in die Augen. Plastikmüll flattert umher. Die Luft ist ein Föhn. Wer sich einmal die Frage gestellt hat, was mit den Containern geschieht, in denen die internationale Hilfe verschifft wird, findet hier eine Antwort. Aufgestapelt zieren sie an vielen Ecken der Lager das Bild, aneinandergereiht auf mehrere Hundert Meter oder als Umzäunung eines Raums, dessen Inneres sich dem Betrachter verschließt. Würde man eine kulturindustrielle Entsprechung für diesen Teil der Welt suchen, Mad Max läge nicht weit entfernt davon.

Der algerische Staat hat der Polisario eine de-facto-Autonomie über dieses Gebiet übertragen. Zusätzlich kontrollieren sie die befreiten Gebiete der Westsahara, die die eine Hälfte der DARS ausmachen. In den Lagern selbst haben sie eine komprimierte Version ihres Staates mitsamt Gesellschaftsmodell aufgebaut. Aus dem Exil heraus regieren sie über die befreiten Gebiete. Doch ein selbstbestimmtes Leben ist das nicht. Vielmehr herrscht eine totale Abhängigkeit gegenüber internationalen Gebern vor. Bis zu 96 Prozent der Bevölkerung bedarf Unterstützung bei der Ernährung, teilt Armand Ndimurukundo mit. Stolz verkündet der Zuständige des Welternährungsprogramms der UN in den Lagern, dass sie nach 30 Jahren nun endlich die Essenspakete umgestalten werden. Dann ergänzt er plötzlich bewundernd: „Ich habe noch nie so eine Resilienz bei Menschen gesehen wie bei den Saharais.“ Es ist eine Aussage, die stutzig macht. Sicher, die Menschen trotzen den Verhältnissen, in die sie hineinkatapultiert worden sind. Bei Ndimurukundo klingt es, als sei dies als Erfolg zu verbuchen, fast schon eine durch internationale Hilfe erreichte Einstellung.

Sucht man das Gespräch mit den Lagerbewohner*innen hört man dies: Es gibt keine Arbeit, es

gibt keine Zukunft, es gibt keine Hoffnung. Die erfahrene Politikerin Mariam Salek Hmada weiß um die Risiken, die mit der Perspektivlosigkeit einhergehen. Zuvor Kultur- und Bildungsministerin, ist sie seit vier Jahren Bürgermeisterin der wilāya Auserd. „Arbeitslosigkeit ist ein großes Problem in einer Region mit viel Extremismus und organisiertem Verbrechen. Noch gefährlicher ist die mangelnde Motivation der Jungen sich zu bilden. Wofür auch?“ Zeitgleich nimmt die internationale Hilfe ab – und reicht ohnehin nicht aus. Mit den aktuell noch 77 Millionen US-Dollar, so Yahia vom Saharaischen Halbmond, können kaum mehr als die Hälfte der Bedürfnisse gedeckt werden.

Der Rückgang hat nicht nur mit der Statik der Situation zu tun. In den Augen von Khatri Ad-douh, der bis zum 9. März 2020 Parlamentspräsident war, ist er auch ein Mittel, um politische Entscheidungen zu forcieren: „Wenn die Unterstützung weniger wird, wird das Leben schwieriger und die Menschen sind gezwungen, individuelle Lösungen zu suchen. Entweder migrieren sie oder sie gehen in die befreiten Gebiete. Es ist ein Versuch, uns zu destabilisieren.“ Trotz der Brisanz der Lage ist sein Tonfall besonnen und alles andere als alarmiert. So schiebt er hinterher: „Es wird vergessen, dass wir hier kein schönes Leben suchen, sondern kämpfen. Wir sind noch immer eine Befreiungsbewegung!“

Perspektiven eines überflüssigen Lebens

Hier und da gibt es kleine Läden in den Lagern, eine Metzgerei, eine Pizzeria mit Lieferservice, Handyshops. Einige Männer fahren Taxi, die Ziegen- und Kamelwirtschaft bietet zusätzlichen Ertrag. Andere wiederum gehen nach Spanien, arbeiten dort temporär und schicken Geld an ihre Familien. Einen ausgefeilten Wirt-

schaftsplan hat die saharauische Regierung nicht. Diesen soll es erst geben, wenn die eigene Souveränität erreicht sei, ist vom Parlamentspräsidenten zu hören. So wird eine Überlebensökonomie exerziert, die gänzlich auf die individuelle Ebene zurückfällt. Allein, innovative Formen der Permakultur, der Fischzucht und neuartige Bewässerungsmethoden, die das Ernten von Mangold und Tomaten ermöglichen, zeigen auf, dass neben internationaler Hilfe aus der Not heraus selbst in der Hamada Keimformen einer Überlebensperspektive entstehen können. Es sind Formen der Notwendigkeit und Politiken des Pragmatismus, die einen Sinnhorizont aufzeigen. Ernüchert von den folgenlosen Vorschlägen und der Wirklosigkeit der UN fokussiert sich die saharauische Regierung darauf, über die Afrikanische Union diplomatische Fortschritte zu erzielen. Ob dieser Weg mittelfristig zu Verbesserungen in den Wüstendörfern führen wird, ist ungewiss. Das Warten – und damit auch das Leiden – wird weiter gehen.

Seit zwanzig Jahren schon beinhaltet die Berichterstattung über die Polisario immer auch ihr rhetorisches Waffenklirren angesichts der Ausweglosigkeit der Situation. Auch das gehört zur Monotonie dieser Erzählung. Dieses Mal ist es kaum anders. Von jüngeren Saharauis ist zu vernehmen, dass der Krieg eine reelle Option sei, wie es Hamdi Toubali im leeren Auditorium der Jugendorganisation UJSARIO vorträgt: „Wenn wir den Krieg wieder aufnehmen, entsteht dadurch vielleicht Aufmerksamkeit für unsere Situation.“ Wer so denkt und redet, weiß um den Wert seines Lebens in der Welt. Es ist ein überflüssiges Leben, da an ihm nichts ökonomisches und folglich nichts wertvolles haftet. Ob tot oder lebendig, es ist gleich, wie es der postkoloniale Theoretiker Achille Mbembe formuliert: „Niemand empfindet gegenüber dieser Art von Leben oder dieser Art von Tod irgendein Gefühl der Verantwortung oder der

Gerechtigkeit.“ In diesem Sinne wird Gewalt nicht als Mittel zum Triumph, sondern als Mittel der Kommunikation gesehen.

Ein anderes Warten ermöglichen?

Aus Regierungskreisen ist zu hören, dass mit allen Mitteln ein Rückfall in den Krieg verhindert werden soll. Es ist die offizielle Linie der Polisario. Es ist die Linie der älteren Generation, derjenigen, die den Krieg mit Marokko mitgemacht haben. Es ist aber auch die Linie derer, die nicht mehr ihr ganzes Leben vor sich haben. Die nächste oder übernächste Führungsriege der Polisario wird die erste sein, die ihr saharauisches Dasein allein aus dem Lagerleben kennt; die über einen höheren Bildungsweg mit algerischen, spanischen oder kubanischen Abschlüssen verfügt und sich mehrsprachig verständigen kann; die die Welt außerhalb der Wüste kennengelernt hat; und die wieder in den perspektivlosen Fatalismus der Lager zurückgeworfen wird.

Samuel Beckett schließt sein Stück mit folgenden Sätzen: Wladimir: Morgen hängen wir uns auf. Es sei denn, daß Godot käme. / Estragon: Und wenn er kommt? / Wladimir: Sind wir gerettet. Doch Godot wird nicht kommen, ebensowenig wie der morgige Tag das Immergleiche unterbrechen wird.



Timo Dorsch ist freier beruflicher Journalist und berichtet regelmäßig über Mexiko und Lateinamerika.

SCHWINDENDER SPIELRAUM

Zum Ende der medico-Hilfe in den Lagern der Saharauiis

Knapp 80 Millionen Menschen befanden sich laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk 2019 gezwungenermaßen auf der Flucht. Eine traurige Rekordzahl. Im Schnitt leben viele von ihnen 17 Jahre lang in Lagern. Länger als 17 Jahre teilen dieses Schicksal die saharauischen Flüchtlinge, die von Marokko 1976 zur Flucht gezwungen werden, weil ihr Territorium annektiert wurde. Seither harren sie in Flüchtlingslagern in der algerischen Geröllwüste aus. Wie - das beschreibt Timo Dorsch in seiner voranstehenden Reportage.

Nicht 17, sondern über 40 Jahre dauert diese Situation an, in der medico mit unterschiedlichen Unterstützungsprogrammen versuchte, an der Seite der Saharauiis tätig zu sein. Zuletzt mit Medikamentenlieferungen für die Apotheken in den Lagern, die jetzt von anderen Organisationen fortgesetzt werden. Damit endet die Arbeit von medico in den Flüchtlingslagern. Dieses wie die großen Projekte zur Nahrungsmittelunterstützung, die medico bis 2004 durchführte, wurden von dem humanitären Hilfsprogramm der Europäischen Union [ECHO] finanziert. Solche fortlaufenden Kosten können nicht durch Spenden finanziert werden, selbst wenn es in Deutschland ein enormes Interesse an einem der letzten Kolonialkonflikte gäbe. Tatsächlich aber gibt es für das unerträgliche Dasein der Flüchtlinge in Algerien gar kein Interesse. In der europäischen Politik gelten die 170.000 Menschen als quantité négligeable, eine zu vernachlässigenden Menge.

Perspektivlose Weite, die nur durch Solidarität überwunden werden kann.

Und so hat sich in den vergangenen Jahren der Spielraum für eine Hilfe, die sich der Befreiung von solchen Verhältnissen verschreibt, immer weiter eingengt. Er ist eigentlich ganz zum Verschwinden gebracht worden. Dahinter steckt weniger ein böser Plan als die Macht des Faktischen. Ohne eine politische Lösungsperspektive werden die suprastaatlichen Akteure und Umsetzer, also auch medico, immer mehr dazu gezwungen, ein System der Hilfsbedürftigkeit aufrecht zu erhalten und zugleich die Hilfsbedürftigen zu überwachen und ihnen so im Zweifel Mittelmissbrauch zu unterstellen. Alle, die auf dem Flüchtlingsplanet über Mittel zu dessen Aufrechterhaltung verfügen, sind so Teil eines humanitären Dilemmas, aus dem es kein Entrinnen gibt. Es verlangt nicht mehr Hilfe, sondern eine politische Lösung.

medico hat sich daraus nun schweren Herzens verabschiedet, weil wir nicht einfach Mittel, die auch für unseren Haushalt gut wären, umsetzen wollten, sondern lieber Projekte machen würden, die die Anliegen der Geflüchteten unterstützen. Im vorhandenen Hilfesystem schien uns das nicht mehr möglich. Stattdessen unterstützen wir aus Spendengeldern den „Western Sahara Resource Watch (WSRW)“, ein Netzwerk, das sich mit der Rohstoffausbeutung der marokkanischen Besatzungsmacht in der Westsahara auseinandersetzt und so auf die nach wie vor dem Völkerrecht widersprechende Besatzung aufmerksam macht.

medicos politische Solidarität mit den Saharais geht also weiter und Sie können sie unter dem Stichwort „Westsahara“ weiter fördern.

Katja Maurer



medico aktiv

Wir klagen an!

Tribunal: Für das Recht auf Gesundheit von Geflüchteten



Ende Oktober kommt das Permanent Peoples Tribunal zu seiner 45. Veranstaltung nach Berlin.

Regelmäßig sterben Menschen an den Grenzen der Europäischen Union. Kranke, traumatisierte und schwangere Personen werden immer rigorosier abgeschoben. Viele Schutzsuchende in Massenunterkünften erfahren nicht die Behandlung, die ihnen zusteht. Diese mit dem Menschenrecht auf Gesundheit unvereinbare Praxis setzt geflohene Menschen unzumutbaren Gefahren aus. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich medico zusammen mit zahlreichen weiteren Organisationen und Initiativen an einem Menschenrechtstribunal. Dieses legt vom 23. bis zum 25. Oktober in Berlin den Fokus auf die Gesundheit von Geflüchteten. Gemeinsam mit Geflüchteten aus dem von medico unterstützten Moria Corona Awareness Team werden wir eine Anhörung zur absolut unzureichenden Gesundheitsversorgung im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos gestalten. Es wird die 45. Veranstaltung des Permanent Peoples Tribunal sein: In den vergangenen Jahren haben Menschenrechtstribunale in Palermo, Paris, Barcelona, London und Brüssel stattgefunden.



Eines der Motive aus unserer MerktIhrWas-Kampagne auf Instagram.

Unfreiwillig freiwillig

Studie zu Rückführungen belegt Menschenrechtsverletzungen

Damit Migrantinnen und Migranten Europas Außengrenzen gar nicht erst erreichen, verlagert die Europäische Union Grenzkontrollen immer weiter weg vom eigenen Hoheitsgebiet. Gleichzeitig wird in den Transitregionen die „freiwillige“ Rückkehr gefördert. So legte die EU-Kommission 2015 den Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika auf und eine gemeinsame Taskforce aus EU, Afrikanischer Union und Vereinten Nationen beauftragte die Internationale Organisation für Migration (IOM), ein humanitäres Rückkehrprogramm für Migrant*innen durchzuführen. Eine neue Studie von Brot für die Welt und medico international weist jetzt nach, dass die EU dabei in Libyen, Niger und Algerien Menschenrechtsverletzungen in Kauf nimmt. Autorin Jill Alpes kann belegen, dass die Teilnahme an den Rückkehrprogrammen oftmals unfreiwillig erfolgt und teils erheblicher psychischer und in Einzelfällen auch physischer Druck auf die Migrant*innen ausgeübt wird, damit sie der Rückführung zustimmen. Grundlage der Studie sind Interviews mit Rückkehrer*innen aus Libyen in Niger und Mali sowie Hintergrundgespräche mit Mitarbeiter*innen von IOM, Nichtregierungsorganisationen, nationalen staatlichen Institutionen und Vertreter*innen der EU, des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR und europäischer Entwicklungsagenturen. Die vollständige Studie mit dem Titel „Notfallrückführungen der IOM aus Libyen und Niger: Eine Schutzmaßnahme oder Ursache neuer Schutzbelange?“ findet sich online auf www.medico.de/rueckkehr-studie

Mehr Kanäle wagen

Neue Wege, um sich mit medico zu verbinden

Ein zentrales Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit besteht darin, auch Menschen mit der Arbeit und den Perspektiven von medico bekannt zu machen, die uns vorher noch nicht wahrgenommen haben. Vor allem im Hinblick auf Jüngere haben dabei die sozialen Medien an Bedeutung gewonnen. Seit Jahren sind wir bei Facebook und Twitter aktiv, wachsen dort langsam, aber stetig, und erreichen viele Menschen mit unseren Informationen, Kampagnen und Spendenaufrufen. Seit einiger Zeit haben wir auch einen Auftritt bei Instagram, und vor kurzem ist ein Kanal bei Telegram hinzugekommen: Schon ein paar Hundert Menschen bekommen Updates, zum Beispiel ausführliche Blogbeiträge und aktuelle Projektinformationen, direkt auf ihr Smartphone. Alle Optionen, um sich online mit medico zu verbinden, finden Sie unter www.medico.de/verbinden



2



5



1

NEU: Kampagnenmaterial
„MERKT IHR WAS?“



3



6



4



7

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund*innen, Bekannte und Kolleg*innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner*innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:
www.medico.de/material

1 Kampagnenmaterial „MERKT IHR WAS?“

Wenn die Welt ungerecht ist, kann Hilfe helfen. Aber nur, wenn sie nicht nur Symptome lindert, sondern auch versucht, deren Ursachen zu beseitigen. Zeit, was zu merken. Wir machen auf Ungerechtigkeiten unserer Zeit aufmerksam – und zeigen Möglichkeiten, gemeinsam die Welt zu verändern. Flyer & Aufkleber zum Auslegen und verteilen sowie Banner für den Balkon, die Demo oder den Initiativen-Laden in zwei Größen und Motiven erhältlich (klein: 1m x 1,5m lang, groß: 1m x 3m lang). Bitte telefonisch [(069) 944 38-0] oder per Email bestellen: info@medico.de

2 medico-Jahresbericht 2018 – (44 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – (28 S.) Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

4 Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

5 Warum Menschen fliehen – (32 S.) Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

6 medico-Rundschreiben 04/19 – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund*innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

Ich bestelle:

- _____ medico-Jahresbericht 2019
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ Broschüre: Globale Gesundheit
 _____ Broschüre: Warum Menschen fliehen
 _____ medico-rundschreiben 02-20
 _____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
 dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 oder faxen an [(069) 43 60 02]

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden
Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28,
Email: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation
Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44,
Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube, Telegram – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**



#SAYTHEIRNAMES

FERHAT UNVAR

GÖKHAN GÜLTEKİN

HAMZA KURTOVIĆ

SAID NESAR HASHEMI

MERCEDES KIERPACZ

SEDAT GÜRBÜZ

KALOYAN VELKOV

VILI VIOREL PĂUN

FATİH SARAÇOĞLU

140 QM SOLIDARITÄT

Welche Mordtaten in einer rassistischen Stimmung gedeihen, zeigen die Anschläge von Halle und Hanau. Nicht zur Tagesordnung überzugehen ist deshalb Aufgabe einer Zivilgesellschaft, zu der sich medico zählt. Die Erinnerung an die Ermordeten von Hanau wachzuhalten, ist Unterstützung für die Angehörigen und Einsatz gegen Rassismus zugleich. medico beteiligt sich daran mit der finanziellen Unterstützung für eine sich in diesem Sinne politisch verstehende psychosoziale Beratung in Hanau.



medico international